Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, 28. Juni 1926 | 6. Jahrgang ★ Nr. 149

An die werktätigen Massen Deutschlands!

Ihr habt am 20. Juni in großer Kraftanstrengung 15 Millionen die Wahlurne geführt, um dem Raubzug der Fürsten zu begeg-n. Nicht die Fürsten waren die Angegriffenen, sondern Ihr …iet Euch Eurer Haut. Die entschädigungslose Enteignung der …sten wäre nur die Rückerstattung eines kleinen Teiles des von …n fürstlichen Raubrittern gestohlenen Volksgutes. Aber diese …warzrotgoldene Republik wußte das Eigentum der Fürsten genau zu schützen, wie sie das ihrer Bankiers und Unternehmer schützt.

Die bürgerliche Demokratie steht auf der Seite der Fürsten,

… der Seite der Einheitsfront des fürstlichen mit dem schwer-…striellen und Finanzkapital. Am 20. Juni hat Euch die bür-…liche Demokratie den bündigen Beweis geliefert, daß sie die …lose Dirne der Geldmächte ist.

…rotzdem die Mehrheit der politisch aktiven deutschen Wähler-…t für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten einge-…en ist,

…trifft das Parlament der Fürstenknechte alle Vorkehrungen, um die Milliarden in die Taschen der gekrönten Gauner fließen zu lassen.

… Wort des Protestes von dieser famosen „Demokratie" über … gewalttätigen Terror der Junker und ihrer Schergen, die Hun-…tausende von Landarbeitern und Kleinbauern mit der Peitsche … der Hand und mit der Drohung des Entzuges des täglichen …es von der Abstimmung fernhielten. Die Demokratie der …-Hindenburg-Republik konnte nicht protestieren, denn Demo-…tie und Terror gegen die besitzlosen Schichten ist ein und dasselbe. …ie Kommunistische Partei hat Euch, als sie die Ini-…ive zum Kampfe gegen die Fürsten ausgab, gewarnt, dieser …mokratie zu trauen und sich dem Glauben hinzugeben, als ob … Fürsten mit dem Stimmzettel enteignet werden könnten.

…er Kampf gegen die Fürsten ist eng verbunden mit dem Kampf gegen die gesamte Ausbeuterklasse

… kann deshalb nicht mit dem Stimmzettel, sondern nur in der …einandersetzung von Klasse zu Klasse, nur mit den …sten Mitteln des Kampfes siegreich zu Ende geführt werden. …es unmittelbare Ziel des Kampfes kann auf dem Boden dieser …gerlichen Republik nicht erreicht werden. Aber trotzdem ist sein …ebnis ein ungeheurer Erfolg für die Arbeiterklasse und alle …ren besitzlosen Stände.

Zum ersten Male haben sich 15 Millionen um das Proletariat gesammelt.

… ersten Male sind breite Schichten von der Bourgeoisie, ent-…te Kleinbürger und Kleinbauern, der Arbeiterklasse gefolgt. … ersten Male entstand eine Einheitsfront, die zu einer Bürg-… des Sieges über das gesamte Unternehmertum, seinen Staat … seine Regierung werden kann.

…r Kampf um die Enteignung der Fürsten ist nicht beendet. …n Ihr, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, Kleinbauern und …lendete Mittelständler, der Kommunistischen Partei in ihrem …pfe um die Niederschlagung des Unternehmerstaates folgen …det — dann werden die 3 Milliarden, die Schlösser und Paläste, … Wiesen und Wälder Euch gehören, dann werden die Fürsten …teignet werden, daß sie nie mehr in die Lage kommen werden, … Monarchie wieder aufzurichten, Ansprüche an die werktätigen …sen zu stellen. Das gilt es zu erkennen.

…lle bürgerlichen Parteien und die sozialdemokratischen Parteiführer haben Euch verraten.

…trächtig sitzen sie in ihrem Parlament zusammen, um auf schnell-… Wege den Fürsten die Milliarden zuzuschanzen. Einmütig …n sie den Willen der 15 Millionen mit Füßen. Die bürger-…n Parteien sind mit dem Unternehmertum auf Tod und Leben …unden. Sie haben aus Klasseninteresse gehandelt, als sie alles …setzten, um Euren Kampf abzuwürgen. Die Sozialdemokra-…e Partei gibt vor, eine Partei der Arbeiterschaft, der Werk-…igen zu sein. Aber auch sie unterstützt mit allen Kräften den …losen Fürstenraub.

…ie sozialdemokratischen Führer sind drauf und dran, …n Willen der 15 Millionen zum Kampf gegen die Bourgeoisie in ein Koalitionsgeschäft mit der Bourgeoisie umzuwandeln.

… ist der Sinn der Kompromißverhandlungen in der Fürsten-…dungsfrage. Die sozialdemokratischen Führer haben auch …al bewiesen, daß sie die schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse … Solange sie nicht abgeschüttelt sein werden, wird jeder …pf an das Bürgertum verraten werden, die Opfer des Kamp-…ich um vielfaches steigern.

…e Bourgeoisie ist drauf und dran, mit Hilfe der Sozialdemo-… die 15-Millionen-Front zu zerschlagen. Die Offensive hat …llen Fronten eingesetzt.

…rutale Lohnkürzungen und Aussperrungen in allen …dustrien, Verdoppelung der Brotzölle, Hinaufschrau-…ng der Mieten, neue Massensteuern, das ist die Ant-…rt der Ebert-Hindenburg-Republik auf Euren Kampf um die Enteignung der Fürsten.

Wieder sind 350 Millionen für die Schutzpolizei in Preußen, für die Niederhaltung der Massen bewilligt worden.

Millionen Erwerbslose liegen auf der Straße. Der Plan der Regierung geht dahin, diesen Millionen auch ihre letzten Existenzmittel, die Erwerbslosenunterstützung, auf dem Wege der Staffelung zu entziehen. Das Programm der Bourgeoisie für den kommenden Herbst und Winter heißt: Unerhörte Herabsetzung des Lebensniveaus der breitesten Massen, Millionengewinn für die Großindustrie und die Banken.

Das Programm der Sozialdemokratie heißt: Hündische Unterwerfung unter den Willen der Großbourgeoisie, Krönung des Verrates durch eine Koalitions-Regierung.

Was ist zu tun, um diesen Angriff abzuwehren? Vor allem Erhaltung und Festigung der 15-Millionen-Front für die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der nächsten Monate.

Die Kommunistische Partei wendet sich an die Millionen, die mit ihr gemeinsam den ersten Schritt des Kampfes gegen die Bourgeoisie und ihre Regierung gegangen sind, mit der Aufforderung:

Schließt die Reihen! Bildet die Komitees der Werktätigen in Stadt und Land!

Führt den Kampf im Bewußtsein der Kraft, die in der geschlossenen Macht der Millionen Werktätigen liegt!

Stärkt die Reihen der Kommunistischen Partei, die als einzige Eure Interessen vertritt, Euch in Eurem Kampfe Führer ist.

Die Kommunistische Partei wendet sich insbesondere an die sozialdemokratischen Arbeiter mit der Aufforderung: Zwingt Eure Führer, die Mitarbeit an dem Abfindungsgesetz für die Fürsten einzustellen. Laßt Euch nicht verwirren durch die Lügen Eurer Führer und Presse. Die Kommunistische Partei steht auf dem Boden der entschädigungslosen Enteignung und lehnt die Mitarbeit an jedem Gesetzentwurf ab, dessen Ziel es ist, den Fürsten Milliarden zuzuschanzen.

Sozialdemokratische Arbeiter! Eure Führer sehen es als ihre vornehmste Aufgabe an, die Einheitsfront, die Ihr mit Euren kommunistischen Kollegen im Kampfe um die Fürstenenteignung gebildet habt, zu zerreißen. Deshalb wurde

die Arbeitermehrheit im Berliner Stadtparlament gesprengt.

Deshalb die neue Hetze Eurer Führer gegen die Kommunisten. Verhindert, daß Eure Führer Euren Willen verraten und der Auslieferung der Milliarden im Reichstag zustimmen! Eure Führer retten die Regierung Marx-Stresemann, sie verhindern die Auflösung des Reichstages; alles nur, um die Einheitsfront des Proletariats zu zerschlagen. Fallt den Verrätern in den Arm! Organisiert die proletarische Rebellion gegen diese Politik der Unterwerfung unter den Willen der Bourgeoisie und der Verachtung des Willens der Arbeiterklasse!

Arbeiter und Arbeiterinnen, Kleinbauern, Mittelständler!

Die Kommunistische Partei ruft Euch zu neuem Kampf.

Die Einheitsfront des Unternehmertums und seiner Diener ist beschlossen. Dagegen gibt es nur eins: Die Organisierung und Festigung der 15-Millionen-Front, Zusammenfassung der Massen in Einheitskomitees. Stellt der Einheitsfront des Unternehmertums, des Sozialverrats und des Terrors die Einheitsfront des proletarischen Abwehrkampfes auf einem Reichskongreß der Werktätigen entgegen!

Demonstriert im ganzen Reiche für die proletarischen Forderungen!

Stärkt die Organisationen, die Seite an Seite mit Euch den Kampf für die Fürstenenteignung weiter führen! Geht aufs Land, besonders in jene Gebiete, wo der Junkerterror tobt, und rüttelt die werktätigen Massen auf!

Die Arbeit der nächsten Monate muß die einheitliche Kampffront der Massen bilden. Aus ihr muß

der Kongreß der Werktätigen

herauswachsen. Seine Aufgabe muß es sein, die Delegierten der Betriebe, der Arbeitslosen, der Kriegs- und Inflationsopfer, der arbeitenden Intelligenz, der Bauern zu gemeinsamer Arbeit gegen die kapitalistische Wirtschaftsanarchie, gegen den Vormarsch der Reaktion, gegen die Ausraubung der breiten Volksmassen zugunsten der großkapitalistischen Ausbeuter zusammenzufassen und den Kampf zu organisieren.

Schließt die Reihen zum Kampf!
Kämpft für den Sturz der Regierung Marx und Hindenburg!
Für die Auflösung des Reichstages!
Für die Arbeiter- und Bauern-Regierung, die sich auf die Millionen Werktätiger in Stadt und Land stützt!

Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Was muß geschehen?

Die Kommunistische Partei wendet sich an die Werktätigen mit der Aufforderung, alles zu tun, um die Annahme des Fürstenabfindungsgesetzes, das den Fürsten den vollen Raub sichert, zu verhindern.

Die Annahme des Gesetzes muß zunächst durch die Obstruktion im Parlament verhindert werden. Die SPD.-Arbeiter müssen ihre Partei zwingen, sich der Obstruktion der Reichstagsfraktion der KPD. anzuschließen.

Darüber hinaus müssen die Massen selbst auf den Plan treten. Die Arbeiter aus den Betrieben, die Arbeitslosen, die Kriegsinvaliden und die betrogenen Inflationsopfer müssen Delegationen in den Reichstag senden, die die Ablehnung des Gesetzes und die Auflösung des Parlaments fordern.

In gewaltigen Straßendemonstrationen muß das werktätige Volk seine Macht zeigen.

Der Reichsausschuß für Fürstenenteignung (Kuczynski) hat sich an die KPD., an die SPD. und den ADGB. gewandt mit dem Ersuchen, in einer Sitzung am Montag gemeinsame Maßnahmen gegen den Fürstenraub zu organisieren. Die Kommunistische Partei wird sich trotz der Ablehnung durch die SPD. für eine gemeinsame Aktion einsetzen. Sie wird gleichzeitig aus eigener Kraft alle notwendigen Maßnahmen treffen.

Arbeiter der SPD., organisiert mit uns gemeinsam wuchtige Straßendemonstrationen — wenn es notwendig ist, gegen den Willen Eurer Führer.

Arbeiter, zwingt die Gewerkschaften, ihr Beiseitestehen in diesem Kampf aufzugeben. Zwingt die Gewerkschaften, ihr am Anfang des Kampfes gegebenes Versprechen zu halten.

Wenn die Werktätigen die gemeinsame Aktion erzwingen, werden sie siegen. Dann wird der Raub der Fürsten vereitelt werden, die Regierung Marx zum Rücktritt gezwungen und die Auflösung des Reichstages erzwungen werden.

Dann wird ein Schritt vorwärts im Kampf der Ausgebeuteten gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion, für die Erkämpfung der wichtigsten Forderungen gemacht werden.

Die Massen auf die Straße!
Gegen das Fürstenabfindungs-Gesetz!
Fort mit dem Reichstag und der Regierung Marx
Für die Regierung der Arbeiter und Bauern!

Zentralkomitee der KPD.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Annahme des Fürstenkompromisses im Rechtsausschuß

Der Rechtsausschuß des Reichstags hat in seiner Sonnabendsitzung vom 26. Juni den Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung mit den Fürsten zu Ende gebracht. Vor Eintritt in die Tagesordnung brandmarkte Genosse Rosenberg die schmutzige und schäbige Berichterstattung des „Vorwärts" über die Vorgänge im Rechtsausschuß. Herr Rosenfeld antwortete sichtlich verlegen, daß er nicht der Verfasser der betreffenden „Vorwärts"-Berichte sei. Die letzten elf Paragraphen des Gesetzentwurfs, die von keiner entscheidenden Bedeutung sind, wurden darauf in ziemlich friedlicher Stimmung erledigt. Es war geradezu rührend, wie die Sozialdemokraten bei jedem einzelnen Paragraphen mitarbeiteten, wie sie mithalfen, jeden Satz zu feilen. Für den unbefangenen Beobachter war es vollkommen klar, daß die Sozialdemokraten nicht mit der Annahme und Durchführung dieses Gesetzes rechnen. Eine reizvolle Debatte entspann sich darüber, wie weit künftig einzelne Richter des Sondergerichts abgelehnt werden können. In der Praxis handelt es sich darum, ob auch Sozialdemokraten Mitglieder des Sondergerichts werden können. **Es herrschte Uebereinstimmung von Rosenfeld bis zu Herrn von Lindeiner, daß gemäßigte Persönlichkeiten dem Fürstengericht angehören können, ganz gleich aus welcher Partei sie sind.** Aber Leute, die in heftiger Weise die Losung „Keinen Pfennig den Fürsten!" verbreitet haben, seien selbstverständlich als Richter nicht möglich! Bei der Beratung des Paragraphen 25 stellte sich heraus, daß unter Umständen neben dem Sondergericht **auch noch die ordentlichen Gerichte** sich mit Fürstenprozessen beschäftigen können, je nachdem, wie es dem Geschäftsinteresse der Fürstlichkeiten dienlich ist.

Vor der Abstimmung des Paragraphen 29 erklärte der Abgeordnete Barth für die Deutschnationalen und der Abgeordnete Frick für die Völkischen die schärfste Ablehnung des Gesetzentwurfes.

Genosse Rosenberg erklärte im Namen der kommunistischen Fraktion:

„Unsere Haltung in den Verhandlungen des Rechtsausschusses auch gegenüber den gesamten Verbesserungsanträgen war dadurch bedingt, daß wir restlos den Willen der 15 Millionen vertreten, die beim Volksentscheid mit Ja gestimmt haben. Dagegen zeigen die sozialdemokratischen Abänderungsanträge, daß die SPD. sich von der Auffassung der 15 Millionen bereits entfernt hat."

Die SPD. schwieg zur Sache vollkommen.

Landsberg erwiderte nur ganz kurz, daß er auf den kommunistischen Angriff im Plenum antworten werde. Im Anschluß daran gab der Reichskanzler **Marx** eine bedeutsame Erklärung ab. **Er betonte, es war der Wille der Reichsregierung, daß von den neun Richtern des Sondergerichts vier Laien sein sollen.** Diese Forderung ist in den SPD.-Anträgen ausgedrückt. Die Sozialdemokraten erklärten stets, daß die Zusammensetzung des Sondergerichts für sie von entscheidender Bedeutung wäre. **Deshalb baut ihnen die Erklärung von Marx eine neue Brücke zur Kapitulation.**

Der Schlußparagraph 29 wurde genau so wie die übrigen mit den elf Stimmen der Regierungsparteien gegen drei Stimmen der Kommunisten angenommen. SPD. und Deutschnationale enthielten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260628-11/fragment/page=0001

der Stimme. Eine Gesamtabstimmung erfolgte nicht. Der Rechtsausschuß nimmt auch keine zweite Lesung vor, sondern die Entscheidung wird am Dienstag im Plenum des Reichstags fallen.

•

Im Stil der „Vorwärts"-Berichterstattung stellen wir fest, daß um 12 Uhr der Abgeordnete Rosenfeld vor dem besonders peinlichen Paragraphen 25 die Flucht ergriff und die Sitzung des Rechtsausschusses verließ. Er kam erst wieder, als der Paragraph 25 erledigt war.

Die Reichstagsfraktion der SPD. und das Fürstenkompromiß

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 28. Juni.

Der bürgerliche „Montag Morgen" berichtet, daß innerhalb der SPD.-Reichstagsfraktion sich **starke Widerstände gegen eine Zustimmung zum Fürstenabfindungsgesetz geltend machen. Es sei noch keineswegs sicher**, ob in der heutigen Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion **der rechte Flügel die Mehrheit erhielte.** Ein Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten sei der Ansicht, daß eine Annahme des Kompromißgesetzes eine **gröbliche Mißachtung des Willens der 14,5 Millionen** wäre. Diese Abgeordneten seien auch fordern, daß mit **allen Mitteln auf eine Auflösung des Reichstags gedrängt würde,**

da große Teile der Wählerschaft der Partei die Treue brechen würde, wenn sie das Gesetz, das die meisten Forderungen der Fürsten erfüllt, annehmen würden.

Nach dem „Montag Morgen" ist die **Reichsregierung** des Willens, ihren ganzen Einfluß auszuüben, um eine **Auflösung des Reichstags** und einen neuen Wahlkampf **zu verhindern.**

Landwirte protestieren gegen die Zollerhöhung

Münster, 26. Juni.

Die Landwirtschaftskammer richtete an den Reichsernährungsminister und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen folgendes Telegramm: Der Stand unserer Schweineaucht und der Fleischversorgung erfordert die Aufrechterhaltung des ermäßigten Futtergerstenzolls.

Den Agrariern, die eine Heraufsetzung des Gerstenzolls auf das Fünffache fordern, kündigen die Bauern die Gefolgschaft. Diese Tatsache schafft den günstigsten Boden für die gemeinsame Kampffront von Arbeitern und Bauern gegen den Wucher der Kapitalisten und Großagrarier.

Kneift Severing?

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" verzeichnet ein **Gerücht**, daß die **Polizeiaktion in Preußen gegen die Rechtsverbände**, so, wie sie zur Ausführung gelangte, **nicht die Zustimmung** des Innenministers Severing gefunden habe. Es wird behauptet, daß die sogenannten Putschpläne, die sich seit längerer Zeit bei den Akten des Innenministers befunden haben, **ohne Wissen Severings** veröffentlicht worden seien und daß zwischen dem preußischen Innenminister und den Männern des Innenministeriums, die die Betreiber der Polizeiaktion waren, Meinungsverschiedenheiten bestünden.

Es kann sein, daß dieses von der schwerindustriellen Presse verbreitete Gerücht nur ein Teil der Entlastungsoffensive ist, die von den Staatsstreichlern mit großer Frechheit geführt wird. Es ist aber immerhin auffällig, daß Severing, dessen Urlaub abgelaufen ist, nun krankheitshalber einen Nachurlaub angetreten hat und daß er während dieses ganzen Konfliktes die Verteidigung des Innenministeriums ganz seiner Ministerialdirektion überlassen hat. So mit die Kommunisten das Polizeiministerium angriffen, da war Herr Severing immer zur Verteidigung eines Gegners zur Stelle. Wir erinnern nur an sein schamloses Eintreten für die **Arbeitermörder von Halle**, die Runge und Pieper. Die Verteidigung seiner Untergebenen gegen die Angriffe der Volkspartei scheint dem Polizeiminister weniger am Herzen zu liegen. Man kann doch nicht wissen, wann ihre Stimmenthaltung zur Rettung der Weimarer Regierung wieder notwendig ist.

Herr Külz konstruiert „politische Vereine"

In Stellvertretung Geßlers hat der **Reichsinnenminister** Dr. Külz den „Verein der Freidenker für Feuerbestattung" und die „Gemeinschaft **proletarischer Freidenker" als politische Vereinigung im Sinne des Reichswehrgesetzes erklärt und infolgedessen die Mitgliedschaft von Reichswehrangehörigen in diesen Vereinigungen verboten.**

Dieser freche Eingriff in die Rechte der **Reichswehrangehörigen**, durch den eine völlig unpolitische Organisation durch einen Federstrich als politische Vereinigung gekennzeichnet wird, ist der erste Versuch, die Külzsche **Zuchthausvorlage in die Praxis umzusetzen.** Mit diesen Methoden kann jederzeit die harmloseste Vereinigung als politisch erklärt werden. Der schärfste Kampf der gesamten Arbeiterschaft gegen diese Pläne muß Herrn Külz die Antwort geben.

Wahl der Delegierten zum Metallarbeiterverband

Glänzende Siege der Opposition

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 28. Juni.

Bei der gestrigen Urwahl zum Verbandstag des deutschen Metallarbeiterverbandes errang die Opposition einen glänzenden Sieg. Das Ergebnis von 80 Wahllokalen ist: **Liste B (Opposition) 13 005 Stimmen, Liste A (Musterdamer) 9 570 Stimmen.** Die Liste der Kommunisten hat also rund **3 500 Stimmen** mehr auf sich vereinigt **als die Liste der Amsterdamer.** Das Ergebnis der drei noch ausstehenden Wahllokale kann an diesem überwältigenden Sieg nichts mehr ändern. Sämtliche 13 auf Berlin entfallenden Delegierten werden auf Grund dieses Wahlergebnisses von der Opposition gestellt. **Bei der letzten Urwahl zum Breslauer Gewerkschaftskongreß im Juli 1925 siegte die Amsterdamer Liste mit 7866 gegen 6887 Stimmen der Opposition.** Die Wahlbeteiligung ist in dieser Urwahl also erheblich gestiegen und betrug 37 Prozent. Dieses Wahlergebnis ist ein **vernichtendes Urteil für die Berliner Ortsverwaltung**, die sich bisher ihre Mehrheit in der Generalversammlung nur durch ein raffiniert ausgeklügeltes Ortsstatut hielt.

•

(Eig. Drahtm.) **Weißenfels**, 28. Juni.

Bei den Wahlen für die Delegierten des Metallarbeiterverbandes wurden 185 Stimmen abgegeben, **davon allein für die Liste B (Opposition), Lademann, 145 Stimmen**, für die Liste A (Amsterdamer Richtung), Langer, 38 Stimmen, ungültig 2 Stimmen.

Das Resultat für Halle liegt bis zur Stunde noch nicht vor.

•

(Eig. Drahtm.) **Plauen**, 28. Juni.

Die Opposition erhielt bei der gestrigen Urwahl in Plauen zum Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes 454 Stimmen gegen 298 Stimmen der Amsterdamer. **Der Delegierte der Opposition ist damit gewählt.**

•

(Eig. Drahtm.) **Solingen**, 28. Juni.

Für den oberen Kreis Solingen wurden **zwei Delegierte der Opposition gewählt.** Die Wahlbeteiligung gegenüber den letzten Wahlen war stärker. **Es wurden 2230 Stimmen abgegeben.** Es bestand nur eine Liste, da die Reformisten **überhaupt keine Liste** aufgestellt hatten.

•

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 28. Juni.

Bisher liegt das Ergebnis zu dem Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter Verbandes aus 13 Bezirken vor. Die Liste A erhielt 1840 Stimmen, die Liste B 885 Stimmen. Einzelne Bezirke stehen noch aus.

Aus den Hochwassergebieten

Das Hochwasser der Elbe

Nach den in Hamburg vorliegenden Meldungen zeigte der Wittenberger Pegel am Sonnabend wieder einen Wuchs von 10 Zentimeter. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist damit der Höchststand erreicht. Mit einem Fallen des Wassers ist aber vorläufig nicht zu rechnen, da vom Oberlauf eine weitere Flutwelle gemeldet wird. Es wird mit einer Katastrophe in den nächsten Stunden gerechnet, da

die Deichkrone vom Wasser bereits aufgelöst

ist. Eine Kommission unter Führung des Deichhauptmanns von Wangenheim ist am Deich eingetroffen. Bei einem Durchbruch des Deichs würden etwa 13 000 Morgen allerbesten Ackergeländes unter Wasser stehen. Abgesehen von den unmittelbar vernichteten Erntevorräten ist das überflutete Gebiet durch die sich setzenden Schlick- und Schlammmassen auf lange Zeit zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Auch der Verlust an Großvieh ist beträchtlich. Täglich sieht man tote Kühe und Kälber den Strom hinabtreiben. Oberhalb von Wittenberge ist die Deichbeschaffenheit nicht so ungünstig. Hier macht die Bisamratte, die durch Unterwühlung des Dammes das Erdreich zermürbt, den Anwohnern zu schaffen. Von behördlicher Seite sind Schutzmaßnahmen aufgenommen worden. In der Westprignitz stehen 30 000 Morgen unter Wasser. Bei Lenzen, das selbst vom Hochwasser umgeben ist, ist

der Pracher Deich in größter Gefahr,

vollkommen unterspült und durchbrochen zu werden. Das Dorf Preetz bei Lenzen ist ebenfalls von jeder Verbindung abgeschnitten und liegt wie eine Halig mitten im Wasser. Auch bei Friedland (Mecklenburg) ist durch die enormen Regenmassen der letzten Tage großer Schaden angerichtet worden.

•

Wittenberge, 27. Juni.

Seit heute mittag ist das Steigen der Elbe zum Stillstand gekommen. Aus Magdeburg wird ein Fallen des Wassers um 2 Zentimeter in der Stunde gemeldet.

•

Boeßewitz bei Trebitz-Elbe.

Die Dammbruchgefahr ist durch die rastlose Tätigkeit der Einwohner der beteiligten Gemeinden beseitigt worden. Das Hochwasser hat große Flächen Acker überflutet. Die Heuernte ist verloren, die Zuckerrüben und Kartoffeln sind zum größten Teil vernichtet. Die Getreideernte, die an und für sich zu guten Erwartungen berechtigt, ist ernstlich gefährdet.

•

Barby.

Das ganze Gelände am Zusammenfluß der Saale in die Elbe gleicht einem großen See, der vereinzelt eine Breite von 6 bis 8 Kilometer erreicht. Der durch das Hochwasser entstandene Schaden wird für die Stadt Barby allein auf mindestens eine Million geschätzt, der Schaden, der in den benachbarten Dörfern angerichtet wurde, dürfte die gleiche Höhe erreichen.

Bruch des Elbedeiches bei Schnackenburg

Wittenberg, 26. Juni. Zwischen Schnackenburg und Wahrenberg ist der Sommerdeich (nicht der Hauptdeich) gebrochen. Die aus Wittenberg, Osterburg und Stendal eingesetzte Technische Nothilfe wurde heute vormittag gegen 11 Uhr zurückgezogen. 9000 Morgen Ackerland stehen unter Wasser. Menschen sind nicht ums Leben gekommen.

Das Hochwasser der Oder

Das Wasser der Oder ist infolge von Niederschlägen im Quellgebiet noch im Steigen begriffen. Im Oder- und Warthe-Gebiet der Mark sind bislang annähernd 400 000 Morgen Acker und Weiden vollständig unter Wasser. In einem großen Teil des Schadengebiets ist die Notlage so furchtbar, daß schon seit Tagen das Vieh nur noch notdürftig **mit herausgerissenen Kartoffelstauden, im Wasser abgemähten Getreide und halbverfaultem Grase ernährt wird.** Infolgedessen sind Massenerkrankungen des Viehes eingetreten.

Am Sonnabendmorgen wurde gemeldet, daß auch bei Vieh der Damm gebrochen ist, so daß die Wassermassen **den ganzen Warthebruch gefährden**, der als hügelloses Flachland ungeschützt dem Wasser preisgegeben ist.

•

Als Ursache der vielen Dammbrüche und der riesigen Ueberschwemmungen im Gebiet der Warthe und der Netze wird angegeben, daß seit Jahren nichts zur Regulierung des Flußbettes **unternommen ist.** Das Flußbett ist versandet, trotzdem ist auf der Netze z. B. seit Jahren **kein Bagger gewesen.**

Die Hochwasserschäden in den Mulde-Niederungen

In der **Grimmaer Bezirksausschußsitzung** machte der Amtshauptmann Angaben über die durch das Hochwasser in der letzten Zeit verursachten Schäden. Der ganze Umfang der Schäden sei noch nicht abzusehen. Immerhin ergebe eine Mitteilung des Landbundes, daß bisher schon **rund 6400 Acker als verschlammt gemeldet seien**, darunter allein 4000 Acker Wiesen. Tatsächlich seien besonders in den Mulde-Niederungen große Gebiete vollkommen allen Grünfutters beraubt und zur Durchhaltung des Viehes auf den Bezug von Kraftfuttermitteln angewiesen.

Schwere Vorwürfe gegen die Reichswehr

Der „Montag-Morgen" erhebt auf Grund der Aussagen seines Berichterstatters **schwere Anschuldigungen gegen die Reichswehr.** Bei einer Rundreise durch das Ueberschwemmungsgebiet der Elbe äußerten viele durch das Hochwasser schwer geschädigte Landwirte diesem Berichterstatter gegenüber ihre Verwunderung, daß in der Umgebung von Wittenberge **nirgends Reichwehr an den Schutzarbeiten teilgenommen habe.** Lediglich private Organisationen hätten Hilfskräfte entsandt, die oft nicht ausreichend waren.

Revidiert die Pachtverträge der Hochwassergeschädigten!

Umfassende kommunistische Anträge

Unter den Hochwassergeschädigten unseres Bezirkes befinden sich alle die Pächter, die von den Großgrundbesitzern und den Kirchen- und Gemeindebehörden Wiesen- und Ackerländereien gepachtet haben. Besonders in den Kreisen Merseburg, Bitterfeld, Wittenberg und Liebenwerda stellen die Pächter nahezu die Mehrheit der Geschädigten dar. Die Heuernte ist ihnen vollkommen vernichtet und von den übrigen Feldfrüchten, die auf dem gepachteten Land angebaut worden sind, wird auch nichts mehr zu retten sein.

Da der 1. Juli vielfach Termin für die Pachtzahlungen ist, befinden sich diese geschädigten

Kleinpächter in einer besonderen Notlage.

Teilweise wirtschafteten sie so, daß sie aus dem Verlauf eines Teils der Heuernte die Geldmittel für die Pacht aufbrachten. Sie wissen jetzt nicht, wie und womit sie ihre Verpflichtungen erfüllen können, während die Verpächter, die Großgrundbesitzer und die Kirchengemeinden auf Bezahlung der Pacht bestehen.

Es ist deshalb zu fordern, daß sich die einzuleitenden Hilfsaktionen in erster Linie mit auf die vom Hochwasser geschädigten Kleinpächter erstrecken. Ihnen sind in demselben Umfange Erlassungen, Herabsetzungen oder Stundungen der Pacht zu gewähren, wie den Steuerpflichtigen Steuererlasse oder Stundungen gewährt werden sollen.

Die Notlage der Kleinpächter erfordert schnelles Handeln.

Die kommunistischen Fraktionen des Reichstages, des preußischen Landtages, des Provinziallandtages sowie die der Kreistage werden alles tun, um eine schnelle Erledigung dieser Frage herbeizuführen.

Bei der Feststellung des Schadenumfanges und der zu gewährenden Pachterlassungen, Nachlässe oder Stundungen sind

die aus den Kreisen der geschädigten Pächter gebildeten Komitees,

wie sie in den kommunistischen Anträgen an den Landtag und den Provinziallandtag gefordert waren, mit heranzuziehen. Die betroffenen Pächter haben darum die Pflicht, die Bildung dieser Ausschüsse mit größtem Nachdruck zu betreiben und die Anerkennung derselben zu erzwingen.

Sofortige Hilfe für die „notleidenden" Hohenzollern — aber nicht für die durch Hochwasser Geschädigten

Kommunistische Anfragen gegen den demokratischen Finanzminister

Der Landtag beendete am Sonnabend die zweite Beratung des Haushaltes der allgemeinen Finanzverwaltung. Ein völkischer Redner empfahl zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise und finanziellen Schwierigkeiten die **Einführung der Arbeitsdienstpflicht, vor allem für die jugendlichen Erwerbslosen.** Der Finanzminister behauptete, die Nachrichten der Presse über einen Fehlbetrag des preußischen Etats in Höhe von 161 Millionen seien falsch. Die Summe sei angeblich zu hoch gegriffen. Dabei mußte er jedoch selber zugeben, daß die Mehrausgaben im diesjährigen Etat auf diese Höhe angeschwollen sind und daß bisher alle Deckungsvorschläge in der Luft schweben.

Genosse Bartels gab zunächst dem völkischen Redner den Rat, die Arbeitsdienstpflicht bei dem arbeitscheuen Gesindel einzuführen, das augenblicklich die Luxusbadeorte und Schlemmerstätten bevölkert. Das völkische Sanierungsrezept hätte die Arbeitscheuen ja durch die aufgefundene Notverordnung kennengelernt. Die Völkischen sollten es unterlassen, sich als Arbeiterfreunde aufzuspielen. Der kommunistische Redner wandte sich dann in heftiger Form gegen den preußischen Finanzminister. Bei einem Vergleich mit den Summen, die nicht gedeckt werden können, stoßen wir auf die Zuwendungen, die von der preußischen Regierung **entgegen dem Willen der Mehrheit des Volkes** dem Hause Hohenzollern zugeschanzt werden. Nach wie vor steht es der Finanzminister als seine erste Aufgabe an, dem Arbeitslosen in Doorn **monatlich 50 000 Goldmark zuzuschanzen.** Alle Anträge der Kommunisten, Auskunft über die Krongutsverwaltung zu geben und diese skandalösen Zuwendungen einzustellen, ist der Finanzminister aus dem Wege gegangen. Er scheint sich nach wie vor lediglich als Stiefelputzer der Hohenzollern zu betrachten. (Ordnungsruf des Präsidenten.) Wir verlangen vom Finanzministerium eine Uebersicht über die Summen, die bei entschädigungslosser Enteignung der Hohenzollern dem preußischen Staat gerettet werden könnten. Außerdem wollen wir wissen, welche Summen dem preußischen Staatsgut und dem preußischen Volk bei dem Zustandekommen des Fürstenkompromisses verlorengehen. Und wie steht es mit dem Kuhhandel zwischen dem Finanzministerium und dem Reichskabinett? Das Preußenkabinett wird vom Reichskabinett beardeitet, einem Vergleichsvorschlag mit den Hohenzollern zuzustimmen. Bis heute hat dem Landtag der ursprüngliche Vergleichsvorschlag noch nicht vorgelegen. Hinter dem Rücken der preußischen Volksvertretung erfolgen alle diese skandalösen Verhandlungen. Die werktätigen Massen werden diesen Finanzminister und die Regierung zur Rechenschaft ziehen. Die Hohenzollern-Abfindung muß außerparlamentarisch mit den Machtmitteln des organisierten Proletariats gelöst werden. (Bravo! b. d. Komm.)

Der Finanzminister gab auf die kommunistischen Anfragen keinerlei Auskunft.

Gegen den Protest der kommunistischen Fraktion wurden dann die **Hochwasseranträge ohne Besprechung dem Hauptausschuß überwiesen.** Genosse Kilian verlangte eine sofortige Aussprache, da die Maßnahmen zur Ueberwindung der Not sofortige Abhilfe erheischen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Waffenbeschlagnahme bei Recklinghausen. Nach einer Meldung des „Vorwärts" wurden in Haltern, in der Nähe von Recklinghausen, am Sonnabend bei Mitgliedern rechtsstehender Organisationen mehrere Maschinengewehre sowie Karabiner usw. gefunden. Die Waffen wurden von der Polizei beschlagnahmt. Die beteiligten Personen wurden nach einem Verhör wieder entlassen.

Monarchistische Reitervereine. Wie wir von Landarbeitern aus der Mark erfahren, sind in den letzten Wochen in der nächsten Umgebung von Berlin von den Monarchisten militärisch organisierte und bewaffnete „Reitervereine" gegründet worden. Diese Formationen sind vor allem auf den Gütern bei Falkental (in der Nähe von Löwenberg) und bei Gutengermendorf (unweit Oranienburg) stationiert. Sie sind einheitlich uniformiert und mit Karabinern ausgerüstet. Zahlreiche Schießstände und Waffenlager stehen ihnen zur Verfügung. Daß es sich hier nicht allein um eine Organisation der Rechtsverbände in Brandenburg handelt, beweist auch eine WTB.-Meldung aus Thüringen, wonach bei Buttstädt völkische „Reitervereine" für ganz Thüringen organisiert werden sollen. Die Zentralstelle für diese Organisation für Thüringen soll in Weimar liegen.

Auseinandersetzungen des Reichsbanners in Pforzheim. In Pforzheim (Baden) ist es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern und der demokratischen Führerschaft des Reichsbanners gekommen. Die demokratischen Führer liefen Sturm dagegen, daß die Reichsbannerarbeiter von Pforzheim sich aktiv am Volksentscheid beteiligt haben. Die Differenzen waren so schwer, daß die demokratischen Reichsbannerführer aus der Pforzheimer Reichsbannerleitung ausgetreten sind. Die Reichsbannerarbeiter werden den demokratischen Reichsbannerführern keine Träne nachweinen.

Die Strafanträge im Kutisker-Prozeß. Im Kutisker-Prozeß beantragte der Staatsanwalt gegen die beiden Hauptangeklagten folgende Strafen: Gegen Holzmann eine Gesamtstrafe von zwei Jahren 6 Monaten Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre, gegen Iwan Kutisker eine Gesamtstrafe von 5 Jahren Zuchthaus, 10 Millionen Mark Geldstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre. Gegen die übrigen Angeklagten beantragte der Staatsanwalt eine geringere Gefängnisstrafe.

Protest gegen die „Potemkin"-Hetze. Die neuerdings wieder heftiger einsetzenden Treibereien gegen den Film „Panzerkreuzer Potemkin", insbesondere die vom württembergischen Innenminister Dr. Bolz geforderte Rückgängigmachung der Freigabe haben dazu geführt, daß eine Reihe von Persönlichkeiten des politischen und geistigen Lebens in Deutschland sich in offener Propaganda zur Gegenwehr zusammengefunden haben. Gestern fand im „Piccadilly", Berlin, Bismarckstraße, eine stärkbesuchte Kundgebung gegen diese reaktionären Wühlereien statt. Es sprachen als Redner Wolfgang Heine, Dr. Hans José Rehfisch, der Historiker Professor Veli Valentin, Kapitän Persius und Stefan Großmann.

•

Reaktionäre Ausschreitungen in Peking. Soldaten der mandschurischen Armee haben die Universität besetzt und den Rektor verhaftet. Letzterer wird beschuldigt, mit der Sowjetvertretung in Verbindung gestanden und von ihr Unterstützungen für die „bolschewistische Propaganda" empfangen zu haben. Der Verhaftete ist nach Tientsin übergeführt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260628-11/fragment/page=0002

ürgerliche „Ja"-Stimmen beim Volksentscheid

Die KPD. hat die verarmten Mittelständler mobilisiert

Landkreise	KPD. und USP. Stimmen am 7. Dezember 1924	SPD. Stimmen am 7. Dezember 1924	Ja-Stimmen beim Volksentscheid 1926	Zahl der aktiven Wähler, berechnet nach den Reichstagswahlen vom 4. Mai und 7. Dezember 1924
ittenberg .	6 461 (25 %)	3 993 (15 %)	13 378 (56 %)	24 784 (44 %)
itterfeld . .	13 612 (28 %)	9 872 (20 %)	30 176 (63 %)	48 234 (37 %)
erseburg .	10 704 (26 %)	8 763 (21 %)	24 124 (58 %)	41 352 (42 %)
aalkreis . .	17 692 (39 %)	5 480 (12 %)	27 911 (61 %)	45 487 (39 %)
hweinitz . .	939 (5 %)	2 552 (14 %)	5 066 (27 %)	18 603 (73 %)
elitzsch . . .	10 027 (24 %)	7 440 (18 %)	20 559 (49 %)	42 137 (51 %)
itz	2 510 (12 %)	8 848 (44 %)	12 785 (63 %)	20 333 (37 %)
ebenwerda	7 387 (20 %)	7 308 (20 %)	16 755 (46 %)	36 179 (54 %)
ngerhausen .	7 096 (19 %)	7 346 (20 %)	16 282 (44 %)	37 165 (56 %)
eißenfels .	8 399 (20 %)	13 499 (32 %)	24 308 (57 %)	42 604 (43 %)
rgau . . .	6 134 (21 %)	2 452 (8 %)	9 405 (33 %)	28 907 (67 %)
nsfelder Seekreis	13 029 (30 %)	7 546 (17 %)	20 735 (47 %)	43 483 (53 %)
nsfelder Gebirgskreis	7 818 (24 %)	7 326 (23 %)	15 348 (47 %)	32 307 (53 %)
umburg .	751 (9 %)	889 (11 %)	1 178 (15 %)	7 904 (85 %)
artsberga	1 948 (10 %)	2 556 (13 %)	3 398 (17 %)	19 855 (83 %)
erfurt . .	6 921 (20 %)	6 471 (18 %)	10 890 (31 %)	35 174 (69 %)

Die vorliegende Statistik, die die Landkreise des Bezirks Halle-Merseburg umfaßt, ist genau so angelegt, wie die tatistik vom Sonnabend, die die Stadtkreise umfaßte. Diejenigen Kreise, die am weitesten ins Lager der bürgerlichen ähler vorgestoßen sind, stehen an der Spitze. Das, was wir bereits gestern durchgängig festgestellt hatten, ist auch aus ser Statistik klar zu ersehen. Diejenigen Kreise, in denen die Kommunistische Partei als Organisation bedeutend stär- r ist, als die SPD., haben es vermocht, am stärksten die proletarisierten Mittelschichten für den Volksentscheid zu gewin- n. Genau wie bei der Statistik der Stadtkreise sehen wir, daß dort, wo die SPD. als Organisation stärker wird, oder r die KPD. überflügelt, der Vorstoß ins bürgerliche Lager geringer wird, überhaupt nicht gelungen ist, oder gar hinter n SPD.- und KPD.-Stimmen zurückbleibt. Die vorgestrige und heutige Statistik beweist unumstößlich, daß die Agi- tion der SPD.-Presse, die davon spricht, daß das Zusammengehen mit der KPD. ein ungünstiges Resultat erzielt tte, nicht den Tatsachen entspricht. Das Gegenteil ist der Fall. Technisch ist zu der vorliegenden Statistik noch zu be- erken, daß in der Rubrik „Zahl der aktiven Wähler" in einigen Kreisen die jeweiligen Balken zu groß waren und um- brochen werden mußten. Wo SPD.- und KPD.-Stimmen „Ja-Stimmen beim Volksentscheid" nicht erreicht wurden, der Balken nur markiert worden. — **Die Landkreise Wittenberg und Bitterfeld weisen das beste Resultat auf bezüg- h des Vorstoßes in die proletarisierten Mittelschichten. Sie sind dadurch erreicht worden, daß gerade in diesen beiden reisen SPD.- und KPD.-Arbeiter in Einheitskomitees Hand in Hand zusammengearbeitet haben.**

n bürgerlichen Ja-Stimmen erhielten die Landkreise Wittenberg 16 Proz., Bitterfeld 15 Proz., Merseburg 11 Proz., aalkreis 10 Proz., Schweinitz 8 Proz., Delitzsch 7 Proz., Zeitz 7 Proz., Liebenwerda 6 Proz., Sangerhausen 5 Proz., eißenfels 5 Proz., Torgau 4 Proz., Mansfelder Seekreis 0 Proz., Mansfelder Gebirgskreis 0 Proz., Naumburg 5 Proz., Eckartsberga — 6 Proz., Querfurt — 7 Proz. berechnet auf die aktive Zahl der Wähler. Die tatsächlichen hlen der bürgerlichen Ja-Stimmen lassen sich ohne weiteres aus der Differenz der gesamten Ja-Stimmen weniger n SPD.-, KPD.-, USP.-Stimmen errechnen.

ie SPD.-Führerschaft geschlossen für die Mietwuchervorlage

Aber nicht für Verbesserung der Lage der Erwerbslosen

n der Reichstagssitzung vom 26. Juni werden zunächst einige nere Vorlagen behandelt. Es folgt darauf die Weiterberatung

Mieterschutzgesetzes.

ei den Abstimmungen über die ersten 6 Paragraphen, über die Debatte in den letzten beiden Sitzungen zu Ende geführt worden werden sämtliche kommunistischen Verbesse- gsanträge abgelehnt.

achdem Vertreter der Hausagrarier-Parteien gesprochen haben auch die weiteren kommunistischen Verbesserungsanträge in Einzelabstimmungen abgelehnt worden sind, spricht Genosse llein zu den Paragraphen, die die **Beseitigung der Mieter- bestimmungen** bezwecken:

s ist ein unmöglicher Zustand, daß ein Hausbesitzer ungestraft größere Wohnung in zwei Teile teilen kann und jede der n „neuen" Wohnungen zu phantastischen Preisen vermieten . Die Politik der Regierung und der Hausagrarier-Parteien dahin, völlig freie Verfügungsgewalt über die Grundstücke zu mmen, um den Mietern gegenüber den Herrschsuchtsstandpunkt uszukehren. Die Einführung der **Rentabilitätsmiete** führt zu mindestens **100prozentigen Steigerung des Friedenswertes bebauten Altgrundstücke.** Im Interesse der 150 bis 180 iarden Mark Inflationsgewinne erstrebt das Großkapital, das er dem Hauskapital steht, die **Beseitigung der letzten Mieter- bestimmungen.**

as geht besonders **klar hervor** aus einem Rundschreiben des **bandes der Geschäfts- und Industriehausbesitzer E. V.** vom Mai 1926, in dem es heißt, daß von den bürgerlichen Parteien Demokraten und das Zentrum den Gelüsten der Hausagrarier Widerstand entgegensetzen. Der Grund liege in der nicht gend scharfen Verfechtung der Hausbesitzerziele. Mit Drucker- rze allein könne man nicht kämpfen; man müsse **stille und tliche Propaganda (d. h. Korruption)** betreiben. Alle ehr- n Gewerbe- und Wohnraummieter haben die Pflicht, den raub- gen und raffsüchtigen Hausagrariern den geschlossenen Wider- entgegenzusetzen.

nosse Höllein ergreift im Verlaufe der Sitzung noch einmal Wort, um für die kommunistische Fraktion die energische **Be- ung der Wohnungswucherer zu verlangen.** Er betont, daß die mmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes **derart dehnbar** , daß damit kein Gauner und Wucherer gepackt werden könne. verlangen eine energische Bestrafung **sowohl der Hausbesitzer, Wuchermieten verlangen, wie auch der Mieter, die von sich aus t sind, Wuchermieten zu zahlen.** Mit Gefängnisstrafen allein, die die Hausbesitzer meist gar nicht absitzen, **kommt man nicht aus.** Zu den Gefängnisstrafen müssen hohe Geldstrafen treten.

In der Schlußabstimmung stimmte mit den Parteien der Hausagrariern die **sozialdemokratische Reichstagsfraktion geschlossen für das Schandgesetz.** Nur die Kommunisten protestierten im Namen der Millionen Mieter durch Ablehnung des Gesetzes gegen den staatlich konzessionierten Mietwucher.

Die Erhöhung der Erwerblosenunterstützung und die Weiterzahlung der Unterstützung an die ausgesteuerten Erwerbslosen vom Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages abgelehnt

Der Reichsarbeitsminister unterbreitete in der Sitzung vom 26. Juni des Sozialpolitischen Ausschusses dem Ausschuß die von der Regierung für die nächsten Monate geplanten Maßnahmen in der Erwerbslosenfürsorge. Die Vertreter der **kommunistischen Fraktion** verlangten, daß die Anträge der **Kommunisten**, die sachlich in das **Gebiet** der Fragen gehörten, die durch den Reichsarbeitsminister aufgerollt wurden, mit der Beratung über die Erklärung des Reichsarbeitsministers verbunden werden sollten. Diesem Antrag wurde stattgegeben. Dem Reichsarbeitsminister gegenüber, der eine Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes in der Erwerbslosenfürsorge bis Ende November des Jahres in Aussicht gestellt hatte, begründete Genosse Rädel den Antrag der Kommunisten auf **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent, Weiterzahlung der Unterstützung an die ausgesteuerten Erwerbslosen, Gleichstellung aller ledigen Erwerbslosen, Beseitigung der jetzigen Ortsklassenverhältnisse usw.**

Genosse Rädel hob hervor, daß gerade in der jetzigen Zeit der zu erwartenden Mietssteigerungen und der sich aus der voraussichtlichen Mißernte und der wucherischen Zollpolitik, ergebenden **Steigerung der Preise für alle Lebensmittel** die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung mehr denn je zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden ist. Ebenso sei die Einbeziehung aller Ausgesteuerten in die **Erwerbslosenfürsorge** sofort zu beschließen, da gerade in der jetzigen Zeit und in den nächsten Sommermonaten **für Tausende und aber Tausende die Unterstützungsdauer abläuft. Der Hinweis des Reichsarbeitsministers, daß im Herbst eine Regelung getroffen werde, nach der bei erfolgter Prüfung im Einzelfalle die Erwerbslosenunterstützung selbst über 52 Wochen hinaus gezahlt werden soll, entbinde den Reichstag nicht von der Pflicht, sofort in ausreichendem Maße für die nichtunterstützten Erwerbslosen zu sorgen. Des weiteren verlangt Genosse Rädel eine Verbesserung der Kurzarbeiterfürsorge. Vor allem müssen alle einengenden Bestimmungen aufgehoben werden, die bisher dazu geführt haben, daß viele Kurzarbeiter überhaupt keine Unterstützung erhielten. Die alte Forderung der Kommunisten auf Beseitigung der jetzigen Ortsklassenverhältnisse wird ebenfalls erneut vom Genossen Rädel vertreten.**

Bei den nunmehr folgenden Abstimmungen über die kommunistischen Anträge zeigt sich wiederum, daß die bürgerlichen Parteien und zum großen Teil auch die Sozialdemokratische Partei an eine Verbesserung der Lage der Erwerbslosen nicht ernsthaft denken. Sämtliche Anträge der Kommunisten wurden abgelehnt. Bei den Anträgen auf Gleichstellung aller Ledigen und Aufhebung der jetzigen Ortsklassengruppierung **stimmten die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Bürgerlichen** gegen die kommunistischen Anträge. Hervorzuheben ist noch, daß bei der Abstimmung über die Erhöhung der Unterstützung und die Ausdehnung der Unterstützung auf alle Erwerbslosen sich die sozialdemokratische Fraktion spaltete. Der Abgeordnete Janschek enthält sich bei der Abstimmung über die vorgenannten Anträge der Stimme, während die übrigen Vertreter der Sozialdemokratie für die kommunistischen Anträge stimmten.

•

Nachstehend die Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion zur Erwerbslosenfrage. Die Punkte 1 bis 8 wurden in der heutigen Ausschußsitzung abgelehnt, die Anträge werden am Montag, dem 28. Juni, unter Hinzufügung der Punkte 9 und 10 von der Kommunistischen Fraktion erneut dem Reichstag vorgelegt werden.

Antrag:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. Die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge werden um 50 v. H. erhöht.
2. Die Erwerbslosenunterstützung wird ohne Karenzzeit an alle Erwerbslosen für die ganze Dauer ihrer Erwerbslosigkeit gezahlt.
3. Erwerbslose unter 21 Jahren erhalten die gleichen Bezüge wie die über 21 Jahre alten Unterstützungsempfänger.
4. Die bisher nach den Sätzen der Ortsklasse B unterstützten Erwerbslosen erhalten in Zukunft die Sätze der Ortsklasse A, die bisher nach den Sätzen der Ortsklassen C, D und E unterstützten Erwerbslosen erhalten in Zukunft die Sätze der Ortsklasse B.
5. Auf die Erwerbslosenunterstützung dürfen Bezüge aus der Sozialversicherung, Kriegsopferrenten und Renten, die sich auf Grund der Aufwertungsgesetze ergeben, keine Anrechnung finden. Desgleichen dürfen Vorschüsse, Beschaffungsbeihilfen usw. von der Erwerbslosenunterstützung nicht in Abzug gebracht werden.
6. Bei Ablehnung der Ausführung von Arbeiten, die den Erwerbslosen zugewiesen werden, darf die Erwerbslosenunterstützung nicht entzogen werden, wenn:
   a) der für die Arbeit in Frage kommende Tariflohn nicht gezahlt oder die sonstigen Tarifbedingungen nicht erfüllt werden;
   b) die Arbeit wie Berufsfertigkeit des Erwerbslosen vermindert wird oder der körperlichen Fähigkeit nicht entspricht;
   c) die zur Ausführung der Arbeit notwendigen Bekleidungsgegenstände nicht vorhanden sind bzw. nicht beschafft werden können.
7. Bei der Durchführung von Notstandsarbeiten müssen die tariflichen Löhne gezahlt werden, die für die Art der Arbeiten zuständig sind.
8. Die Länder und Gemeinden sind berechtigt, aus eigenen Mitteln zu der reichsgesetzlich festgelegten Erwerbslosenunterstützung besondere Zuwendungen zu gewähren.
9. Erwerbslosen Ausländern, die länger als ein Jahr im deutschen Reichsgebiet bei deutschen Unternehmungen beschäftigt waren, wird Erwerbslosenfürsorge im gleichen Maße und nach den gleichen Voraussetzungen gewährt wie den Reichsangehörigen.
10. Kurzarbeiter erhalten, falls die ausfallende Arbeitszeit ein Sechstel und mehr der Vollarbeitszeit beträgt, für die ausgefallene Arbeitszeit Kurzarbeiterunterstützung in Höhe der Sätze der Erwerbslosenunterstützung.

Die „konsequent sachliche Arbeit" der SPD.

Wer sich vom „Vorwärts" über die Arbeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion informieren läßt, könnte Gefahr laufen, von deren Unfehlbarkeit überzeugt zu werden. Wie es damit in Wirklichkeit aussieht, dafür zwei Beispiele:

In der Reichstagssitzung vom Freitag, dem 26. Juni, stimmten die Sozialdemokraten zusammen mit den Kommunisten **gegen die Aufhebung der Preistreibereiverordnung.** Bei der Beratung desselben Gesetzentwurfes im **Haushaltausschuß** des Reichstages vor ein paar Tagen waren es nur die Kommunisten, die gegen die Aufhebung stimmten, während sich die Sozialdemokraten, nachdem sich Herr Hermann Müller vergeblich nach Hilfe umgeschaut hatte, nach alter Gewohnheit zusammen mit den Bürgerlichen **für die Aufhebung der Preistreibereiverordnung** erklärt hatten.

In der heutigen Sitzung des **Haushaltausschusses des Reichstages** stand der erneute Einspruch des Reichsrates gegen einige Beschlüsse des Reichstages zur Debatte. Nachdem vor einigen Wochen die sozialdemokratische Fraktion im Gegensatz zu den Kommunisten für die Zurückweisung dieser Einsprüche gestimmt hatte (der wesentlichste Antrag war die Bewilligung von einer Million Mark für die Religionsgesellschaften), erklärte heute der Abgeordnete Stücklen (Soz.), daß seine Fraktion gegen die Zurückweisung des Reichsrateinspruches votieren würde. Auf Vorhaltung von bürgerlicher Seite, daß diese Haltung inkonsequent wäre, erwiderte Stücklen, daß seine Fraktion damals auf Grund der Darlegungen von bürgerlicher Seite, **es handele sich um Behebung eines dringenden Notstandes bei den Religionsgesellschaften,** zu ihrer damaligen Haltung gekommen wäre.

Genosse Torgler bezeichnete es als besonders bemerkenswert, daß die Sozialdemokraten für die „notleidenden" Religionsgesellschaften erhebliche Beträge bewilligen. Die kommunistische Fraktion denkt nicht daran, auch nur einen Pfennig für kirchliche Vereine zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsschwindel und -terror

Ein charakteristisches Beispiel dafür, wie man auf dem Lande „nachhalf" ein „negatives Ergebnis" zugunsten des fürstlichen Geldbeutels beim Volksentscheid zustande zu bringen, bietet folgender Brief an den zuständigen Kreiswahlleiter:

„Die KPD., Ortsgruppe Darkehmen, fechtet die Abstimmung am 20. Juni 1926 im Wahlbezirk Endruschen an aus folgenden Gründen: Die nebenstehende Liste enthält **21 Unterschriften.** Die Unterzeichneten erklären, daß sie das Kreuz in den „Ja"-Kreis gemacht haben und weiter keinen Strich oder Kreuz oder sonst eine Bemerkung. Sie erklären, daß ihre Stimmen aus diesem Grunde gültig sein müssen. **Sie wollen es vor Gericht beschwören, daß sie ihren Stimmzettel nur mit einem Kreuz gezeichnet haben.**

Wilhelm Sorg und Willi Lavien, beide wohnhaft in Menturren, erklären, als sie kurz vor 5 Uhr das Wahllokal betraten, war die Abstimmungshandlung bereits geschlossen und die Herren hatten die Umschläge auf dem Tisch. Als wir ungefähr 5 Minuten drin waren, kam der stellvertretende Vorsitzende, Herr Schneider, ins **Wahllokal.** Da erklärte einer der Herren, Herr Schneider, die **Wahl ist schon geschlossen. Der antwortete: „Meine Herren, es ist** noch nicht 5 Uhr."

Als das Ergebnis herauskam, **waren nur 13 gültige „Ja"-Stimmen und 32 ungültige Stimmen.** Da nun die Unterzeichneten das vorher Genannte erklärt haben, muß ich feststellen, daß im Abstimmungsbezirk Endruschen 21 gültige „Ja"-Stimmen vorhanden sein müssen und nicht nur 13. Ich nehme auf Grund der Aussagen der Unterzeichneten an, daß bei der Auszählung irgend eine Schiebung vorgenommen worden ist.

Ich ersuche den Kreiswahlleiter, die Sache nachzuprüfen. Die Unterzeichneten füge ich bei. **KPD., Ortsgruppe Darkehmen. J. A.: gez. Unterschrift."**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260628-11/fragment/page=0003

Aufruf des EKKJ. zum Internationalen Genossenschaftstag

An die proletarischen Genossenschafter aller Länder!
Arbeiter, Angestellte, proletarische Hausfrauen!

Die **Internationale Genossenschaftsallianz** ruft wieder zur Feier des **Internationalen Genossenschaftstages** auf. Am 4. Juli werden Euch in allen Ländern durch Demonstrationen und „Volksfeste" die „wirtschaftlichen Errungenschaften" der Genossenschaftsbewegung vor Augen geführt werden. Wir fordern Euch auf, an diesen Kundgebungen teilzunehmen, um sie zu machtvollen Demonstrationen des kämpfenden Proletariats zu gestalten.

Laßt Euch nicht einschläfern durch die offiziellen Beschwichtigungsversuche, durch die Hinweise, daß die Genossenschaften die schwere Krise der Nachkriegszeit im allgemeinen zu überwinden beginnen und ihre letzten Jahresausweise einen gewissen Aufstieg anzeigen.

In der Zeit der Uebermacht der Banken, Kartelle und Trusts, in der Zeit der Lebensmittelkonzerne, der Kettenläden, der Warenhäuser usw., können die bloßen Handelserfolge der Genossenschaften nur wenig zu einer Besserung der Lebenshaltung der breiten Massen beitragen. Die Genossenschaften können in dieser Zeit ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie den Kampf um billigere Preise und Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse in **einer** Front mit den Gewerkschaften und den anderen Klassenorganisationen führen als Kampf gegen Teuerung, gegen die Diktatur der Kartelle und Trusts, gegen die Steuer- und Zollpolitik der kapitalistischen Regierungen, als Kampf gegen das kapitalistische Regime überhaupt.

Der schmachvoll verratene Generalstreik der Arbeiterschaft Großbritanniens lehrt erneut, daß kein Teil der proletarischen Klassenarmee isoliert gegen den Kapitalismus kämpfen kann.

Das englische Beispiel hat gezeigt, daß die breiten Massen der Arbeiterschaft die Notwendigkeit der rückhaltlosen Solidarität aller Klassenorganisationen, der Genossenschaften und der Gewerkschaften und der politischen Organisationen begriffen haben. Die reformistischen Führer aber haben das durch ihren beispiellosen Verrat vereitelt.

Das beweist u. a. die Weigerung der Führer der **Internationalen Genossenschaftsallianz** (einer Weltorganisation von 50 Millionen Mitgliedern), auch nur **einen** Finger zur Unterstützung des großen Massenkampfes der Arbeiter Großbritanniens zu rühren. Das zeigt, wohin die reformistischen Führer die Selbsthilfeorganisationen des Proletariats infolge der Passivität eines großen Teiles ihrer Mitgliedschaft gebracht haben.

Darum hinweg mit der Passivität und Gleichgültigkeit gegenüber den Genossenschaftsorganisationen!

Duldet es nicht, daß in diesen wichtigen Massenorganisationen reformistische Führer unkontrolliert schalten und walten!

Macht die Konsumvereinsbewegung zu einem Werkzeug des organisierten Willens der proletarischen Massen!

Seht nach der **Sowjetunion**, in der die Genossenschaften der revolutionären Arbeiter und Bauern einer der mächtigsten Pfeiler beim Aufbau des Sozialismus geworden sind.

Am 4. Juli, am **Internationalen Genossenschaftstag**, werden die Genossenschaften, die organisierten Arbeiter und Bauern des befreiten Rußlands gleichfalls demonstrieren. Sie werden von neuem die Solidarität bekunden, die sie in den Tagen des Generalstreiks in Großbritannien praktisch bewiesen haben.

Klassenbewußte Arbeiter in den Genossenschaften!

Weist hin auf dieses Beispiel! Kämpft unermüdlich in den Genossenschaften jeden Tag dafür, daß diese Massenorganisationen zu einer mächtigen Waffe werden im Kampf der Massen um die Verbesserung ihrer Lebenshaltung und um die Befreiung vom kapitalistischen Joch. Kämpft dafür, daß die Genossenschaften im Bündnis mit den Gewerkschaften in proletarischer Einheitsfront dem Kapital entgegentreten. Kämpft in allen Versammlungen, in allen Kundgebungen für die Losungen:

Jeder klassenbewußte Arbeiter — ein Mitglied der Genossenschaften!

Jeder proletarische Genossenschafter — ein Klassenkämpfer!

Jede Genossenschaft — ein Werkzeug des organisierten Kampfwillens!

Festes Bündnis mit den Gewerkschaften!

Engstes Zusammenwirken mit den Genossenschaften der Sowjetunion!

Solidarität mit dem siegreichen Proletariat der Sowjetunion und dem revolutionären Proletariat aller Länder!

Es lebe die vereinigte Kraft der proletarischen Massenorganisationen!

Es lebe die Befreiung aller Schaffenden unter der Führung des Proletariats!

Moskau, den 16. Juni 1926.

Das Exekutivkomitee
der kommunistischen Internationale.

Achtung, „Klassenkampf"-Leser!

Wir weisen darauf hin, daß der Abonnementsbetrag stets im voraus an unsere Trägerinnen zu entrichten ist. Erleichtert die Einkassierung!

Der Verlag

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Lewin's großer Inventur-Ausverkauf

beginnt

Donnerstag, den 1. Juli

An erster Stelle

stehen wiederum die sensationell billigen Preise

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg:
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Gämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 6237

Sitzung der Orgabteilung mit Instrukteuren am Montag, 28. Juni, abends 7½ Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Dölau. Mittwoch, 30. Juni, abends 8 Uhr, bei Richter Mitgliederversammlung.
Ammendorf. Sitzung aller Parteiarbeiter Dienstag, 29. Juni, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen". Alle Parteiarbeiter haben zu erscheinen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Dürrenberg. Sitzung der Gemeindevertreter sämtlicher Zweckverbandsgemeinden Montag, 28. Juni, 8½ Uhr, bei Mennecke.
Dürrenberg. Erweiterte Funktionärsitzung sämtlicher Straßen- und Betriebszellen und aller Ressortleiter am Donnerstag, 1. Juli, abends 8½ Uhr, bei Mennicke.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Allgemeine Mitgliederversammlung Montag, 28. Juni, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Thema: Die Lehren des Volksentscheids und unsere Aufgaben. Referent Genosse Scheibner, Weißenfels.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S.
Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Mitteilungen der BL.

Mitgliedskarte Nr. 26 551, lautend auf den Namen Rudolf Marsch, Zeitz, ist verlorengegangen. Die Karte wird hiermit gesperrt.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Montag Zehnerschaftsführer der Gruppe Nord und Süd 7 Uhr Produktiv-Genossenschaft. Ausgefüllte Fragebogen mitbringen, gleichzeitig Abrechnung.
Halle. Montag, 28. Juni, ½8 Uhr, Jugendherberge Probe der Musikspieler zur Sonnenwendfeier.
Halle. Am Sonntag, dem 27. Juni, sind nach der Wanderung der Ortsgruppe Halle in der Heide zwei Schlüssel gefunden worden. Abzuholen im Jugendbureau.
Ammendorf. Dienstag, 29. Juni, abends 8 Uhr, im Jugendheim Monatsversamml.
Radewitz. Mittwoch, den 30. Juni, Vortrag über KJVD. und Rote Jungfront.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Mittwoch, den 30. Juni, Liederabend.
Querfurt. Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Schützenhaus".
Beuna. Mittwoch, 30. Juni, abends ½8 Uhr, im Konsum Treffen aller Genossen.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Heute abend 7 Uhr im „Gesellschaftshaus" Unterbezirkssitzung. Tagesordnung: Arbeitsplan.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Montag, 28. Juni, in allen Zellen Zellensitzungen. Näheres erfahrt Ihr durch die Zellenleiter.
Zeitz. Dienstag, 29. Juni, Monatsversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Bezirk Halle-Merseburg

Pioniere, spart für Eure Ferienwanderungen. Einzahlungen beim Leiter.
Gruppe Norden heute abend um 6 Uhr im „Volkspark" Versammlung. Erscheinen aller ist Pflicht.
Ammendorf. Dienstag, 29. Juni, ½5 Uhr, im Heim Vorlesungen.

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 2012.

Untergau Halle-Saalkreis

Im Laufe dieser Woche findet in allen Bezirken eine Kontrolle der Mitgliedsbücher statt. Die Gruppenführer ziehen die Bücher aller Kameraden sofort ein. Bei der Kontrolle, die in Bezirks-Funktionär-Sitzungen durchgeführt wird, darf auch nicht ein Buch fehlen. Die Strichelkarten müssen mit vorgelegt werden. Funktionär-Sitzungen finden wie folgt statt:

Bezirk 2 (Süden) Dienstag, 29. Juni, 8 Uhr, Lochs Hof,
Bezirk 3 (Westen) Dienstag, 29. Juni, 8 Uhr, „Fröhlichen Zecher", Torstraße,
Bezirk 1 (Osten) Mittwoch, 30. Juni, 8 Uhr, Lohse, Roßplatz,
Bezirk 5 (Zentrum) Mittwoch, 30. Juni, 8 Uhr, Köppchen, Unterberg.
Bezirk 4 (Norden) Donnerstag, 1. Juli, 8 Uhr, „Volkspark",
Jungfront Donnerstag, 1. Juli, 8 Uhr, „Volkspark".

In diesen Sitzungen ist der Extrabeitrag von 10 Pf. mit abzurechnen.

Hohenthurm. Montag, 28. Juni, abends 8 Uhr, bei Neumann Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen.
Diemitz. Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen.

Jungfront

Bezirk 3 (Westen). Dienstag, 29. Juni, abends 8 Uhr, im „Zecher" Bezirkspflichtversammlung.
Bezirk 1 (Osten). Dienstag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, bei Lohse, Am Wasserturm Bezirkspflichtversammlung.
Alle Funktionäre kassieren von allen nicht nach Uriern mitgefahrenen Kameraden 10 Pf. Extrabeitrag. Abrechnung bis spätestens Mittwoch beim Bezirksführer.

Untergau Merseburg

Rattmannsdorf. Dienstag, den 29. Juni, abends 7½ Uhr, üben die Spielleute auf dem roten Platz.

Untergau Bitterfeld

Bitterfeld. Dienstag, 29. Juni, abends 8 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus" eine Mitgliederversammlung statt. Alles muß erscheinen.
Wolfen. Dienstag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung beim Kamerad Schinke. Erscheinen ist Pflicht.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Roter Jungsturm. Montag, 28. Juni, im „Gewerkschaftshaus" sehr wichtige Funktionärsitzung. Alles muß erscheinen.
Weißenfels. Mittwoch, 30. Juni, große Versammlung im „Gewerkschaftshaus".
Weißenfels. Donnerstag, den 1. Juli, abends 7 Uhr, Antreten Rosalskyweg zur Vollversammlung.

Untergau Zeitz

Zeitz. Mittwoch, den 30. Juni, abends 6½ Uhr, Pflichtausmarsch. Antreten Altmarkt. Erscheinen ist Pflicht.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

---

Rote Hilfe Deutschlands.

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Ammendorf. Donnerstag, 1. Juli, abds. 8 Uhr, in der „Burg" Funktionärversamml.
Greppin. Freitag, den 2. Juli, abends 7 Uhr, Lokal Schmidt wichtige Funktionärbesprechung.
Hettstedt-Burgörner. Alle Unterkassierer müssen bis Sonnabend, den 3. Juli, kassiert und mit dem Kassierer abgerechnet haben. Literaturobleute müssen bis Sonnabend, den 3. Juli, beim Gen. Knorre abrechnen. Alle Literatur ist bis zu diesem Tage abzugeben. „Rote-Helfer"-Träger zahlen das Abonnementsgeld für das dritte Quartal ebenfalls bis Sonnabend.
Hettstedt-Burgörner. Sonntag, den 4. Juli, vormittags 10 Uhr, Ortsvorstandssitzung beim Gen. K. Knorre. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof „Zur Erholung" (Paul Dürre, Burgörner). Thema: Die Kinderhilfe der IRH. In dieser Versammlung werden die Jung-Spartakisten Hillmer und Stockhaus ihre Erlebnisse im Kinderheim Barkenhoff schildern.

Ledersohlen Gummiabsätze billig bei 121 **Wilh. Kranig** Neue Promenade 15

Stadt-Theater
Heute Montag 8 Uhr: Die Regimentstochter
Dienstag, 8 Uhr: „Der Sturm"

Solbad Wittekind
Dienstag, 29. Juni, früh ¾7 Uhr nachm. 4 und abends 8 Uhr
KONZERTE
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Benno Plätz

Volkspark
2416 Burgstraße 27
Morgen, Dienstag, abds. ¾8 Uhr
8. Sommer-Konzert
Operetten-Abend
Eintritt 0,50 Erwerbslose 0,30

Walhalla
8 Uhr Tel. 8585
Ab heute bedeutend ermäßigte Sommerpreise
Saalplätze:
Mk. 1,50 2,— 2,50 und 3,—
II. Rang:
Mk. 0,50 1,— und 1,50
I. Rang:
Mk. 2,50 3,— und 3,50
Allabendlich *2423
unter stürmischem Beifall
Uebern großen Teich
Tageskasse ab 11 Uhr ununterbroch.

Bekanntmachungen

Wegen Reparaturarbeiten an der Wasserleitung wird das Wasser von **Dienstag, 29. Juni bis einschließlich 15. Juli** jeden Mittag von 1—4 Uhr in sämtlichen Straßen der Eisenbahngenossenschaft abgestellt.

Delitzsch, den 28. Juni 1926
*2418 **Der Magistrat**

Badezeiten im Freibad

Männer von 6—8, 11—2 u. 4—7.30 Uhr
Frauen von 8—11 und 2—4 Uhr
Familienbad:
Dienstag u. Donnerstag v. 4—7.30 Uhr
Sonntags von 2—7.30 Uhr

Delitzsch, den 28. Juni 1926
*2419 **Der Magistrat**

Zuverlässiger Zeitungsträger für **Trebitz** bei Könnern zum 1. Juli gesucht. Zu melden bei **Friedrich Göhre**, Trebitz b. K.

Modezeitungen empfehlen die Volksbuchhandlungen

Damentaschen Koffer Mappen Rucksäcke Portemonnaies usw. billig
Hugo Krasemann Nur Schmeerstraße 19
Koffer- und Lederwarenhaus gegr. 1875

Stadt Ledermarkt

BORUSSIA-FAHRRÄDER OPEL-FABRIKAT
Nur wöchentl. **3** Mk. Teilzahl. Vorführg. kostenlos.

Zweigniederlage:
Martinstr. 9, I r. **Halle a. d. S.** Tel. 8829
Vertreter: W. Jablonski

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260628-11/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Was fehlt?

Zur Diskussion in den kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen

Viele Arbeiter und Parteigenossen empfinden, daß irgend etwas nicht in Ordnung ist. Sie sehen die ständige Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse und die ständig wachsende Willkür der Unternehmerverbände; sie klagen über die Passivität ihrer Klassengenossen und schimpfen auf „die da oben", die praktisch keine Aenderung schaffen können. Die wenigsten sind sich darüber klar, daß die Gründe auch bei ihnen selbst, in dem **Mangel einer zielbewußten, planmäßig organisierten Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften** zu suchen sind.

Die KPD. führt als einzige Partei die Linie des proletarischen Klassenkampfes, der rücksichtslosen Interessenvertretung aller Ausgebeuteten. Sie nimmt in diesem Sinne Stellung zu allen Fragen der Wirtschaft und Politik, wie sie heute in überreichlicher Zahl auch in den Parlamenten eine Rolle spielen. Aber es bleibt in sehr hohem Grade eine Auseinandersetzung in den Parlamenten, **es fehlt die praktische Auswirkung, die Kampfesaufnahme in der breiten Arbeiterschaft.** Das Parlament ist nicht so, wie es eigentlich sein müßte, die Tribüne der in Bewegung stehenden Arbeiter selbst. Obwohl die zur Debatte stehenden Fragen: neuer Zollwucher, systematischer Abbau der letzten Sozialbestimmungen, die Staffelung der Erwerbslosenunterstützung, Vorbereitung von Ausnahmegesetzen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft usw., von den Kommunisten im Parlament ganz richtig behandelt werden, bleibt der Widerhall in den Arbeitermassen aus. Die Arbeiterschaft läßt in dumpfem Druck immer neue Methoden der Ausbeutung und Verschlechterung ihrer Lebenslage über sich ergehen. So geht das nun schon 2½ Jahre. Nur der Volksentscheid brachte eine neue und in Anbetracht der vorhergehenden Stumpfheit vielfach überraschende starke Welle einer einheitlichen Massenbewegung.

Jeder ehrliche Arbeiter wird zugeben müssen, das die Kommunisten — als einzige — in der **Volksentscheids-Kampagne** betont haben, daß der Volksentscheid aufs engste verknüpft werden müsse mit den Fragen der wirtschaftlichen („Rationalisierung") und politischen Offensive der Konterrevolution. Aber auch hier hat, ähnlich wie bei der geschilderten Parlamentsarbeit, die Kraft der KPD. noch nicht ausgereicht, um die breiten Massen von dem **Ernst der Situation** und von der **Notwendigkeit der außerparlamentarischen Kampfesaufnahme** so zu überzeugen, daß nicht die Gefahr bestünde, daß mit dem Tage der Volksentscheids-Abstimmung auch die Bewegung der Massen wieder abebben und die angebahnte Einheitsfront wieder verloren gehen könnte.

Jeder Arbeiter wird sich darüber klar sein, daß ein solcher Rückschlag tausendmal schlimmer wäre, als die Aufbringung von „nur" 15 Millionen Stimmen.

In den Gewerkschaften fehlt bis auf Ausnahmen heute noch immer die lebendige Bewegung. Es ist daher gar nicht verwunderlich, daß ungeschulte Arbeiter und Arbeiterinnen den Eindruck gewinnen, als ob in den Parlamenten und nicht, wie es doch tatsächlich der Fall ist, **in den Betrieben und Gewerkschaften das Schwergewicht der Arbeiterbewegung** läge. Man braucht nur die SPD.-Presse durchzusehen: welch breiten Raum nehmen dort die Parlamentsberichte ein, und wie wenig — in manchen Zeitungen überhaupt nicht — spiegelt sich in ihnen eine Bewegung der Gewerkschaften wieder! Dabei sind heute die Gewerkschaften durch ihre reformistischen Leitungen mit der SPD. ganz anders verbunden als mit der von ihnen gehaßten KPD. Aber auch in der KPD.-Presse kann sich die Gewerkschaftsbewegung nicht lebendiger wiederspiegeln als sie tatsächlich ist!

In der praktischen Gewerkschaftsarbeit ist der Hebel anzusetzen, um die in der Volksentscheidskampagne sich anbahnende Einheitsfront zwischen KPD.- und SPD.-Mitgliedern und die Einbeziehung bisher Indifferenter zu festigen und zu erweitern. Hier ist **die Lücke auszufüllen,** über die sich mancher Klassengenosse Gedanken macht. Es muß so schnell als möglich nicht nur vereinzelt, sondern überall eine **gute kommunistische Zellen- und Fraktionsarbeit** unter Einbeziehung der **gesamten Parteigenossenschaft** einsetzen, da diese eine **Vorbedingung** ist für die Ueberwindung der heutigen Stagnation (Stillstand) und zur Organisierung der notwendigen **Abwehrkämpfe** gegen die Offensive der Kapitalisten.

Wenn in den Parlamenten über neuen Zollwucher beraten wird und damit neue **Preissteigerungen** auf die Tagesordnung gestellt sind, müssen dann nicht die Gewerkschaften sofort mobilisieren zum Kampf gegen den Zollwucher selbst wie vor allem zum **Kampf um höhere Löhne?** Wenn in den Parlamenten die Staffelung der Erwerbslosenunterstützung und damit eine **Verschlechterung der Lage der Mehrzahl der Erwerbslosen** auf der Tagesordnung steht, müssen da nicht der ADGB. und die ihm angeschlossenen Verbände sofort den Kampf organisieren um **höhere Erwerbslosenunterstützung** und — zumal ein Hauptargument der Gegner ist, daß die Löhne vielfach nicht höher seien als die Erwerbslosenunterstützung — auch von dieser Frage aus den Kampf um **höhere Löhne!** Haben nicht die Gewerkschaften angesichts der kapitalistischen Unfähigkeit, die **Massenarbeitslosigkeit** zu beheben, die unmittelbare Aufgabe, den Kampf um die **Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß** und um **Verkürzung der Arbeitszeit** sowie **gegen das Ueberschichtenwesen** ernstlich in Angriff zu nehmen. Hätte die Verschüttung der **Grube Alwine** und damit Brotlosmachung weiterer Arbeiter, hätte nicht ein Teil der **Hochwasserschäden** verhindert werden können, wenn die dortige Arbeiterschaft sich gegen die Schäden und Mängel rechtzeitig zur Wehr gesetzt und die Gewerkschaften zur Kampfaufnahme gezwungen hätte? Ist es nicht ihre **gewerkschaftliche Pflicht,** gegen die von den Kapitalisten vorgenommene **Rationalisierung** den Kampf zu organisieren und ebenso gegen die politischen Unterdrückungsmaßnahmen, die die Hindenburg-Marx-Regierung gegen die Arbeiterorganisationen im Schilde führt!

Alle diese im Reichstag und Landtag aufgerollten Fragen sind aus ihrer parlamentarischen Höhe so umzubiegen, daß sie jedem Arbeiter von den Gesichtspunkten aus verständlich werden, wie er sie im Betrieb, auf dem Arbeitsnachweis und als Gewerkschaftsmitglied ganz unmittelbar empfindet. Die Reformisten, die heute den Gewerkschaftsapparat in der Hand haben, wollen keinen Kampf. Sie fühlen sich in den Parlamenten äußerst wohl und lachen sich ins Fäustchen, daß so viele Gewerkschaftsmitglieder noch nicht herausgefunden haben, wo die Ursache liegt, daß sie **trotz** aller schönen Reden und trotz der aufopfernden Kleinarbeit so mancher Funktionäre nicht vorwärts-, sondern im Gegenteil weiter ins Hintertreffen kommen. Aber die Arbeitermassen haben nicht nur hinterher aufzugreifen, was in den Parlamenten auf die Tagesordnung gestellt ist, sondern **sie haben von außen her das Parlament zu beeinflussen.** Sie können das am besten, wenn sie einheitlich und geschlossen handeln. Darum ist die **Bildung von Einheitskomitees** auch nach dem Volksentscheid so dringend notwendig. Darum muß zielbewußt auf den von den Berliner Betriebsräten geforderten **Kongreß der Werktätigen** hingearbeitet werden. **Die Kommunisten müssen die Führer sein!** Also heran an eine planmäßige Fraktionsarbeit sämtlicher Parteigenossen!

Die Urabstimmung der Porzellanarbeiter

Der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes veröffentlicht in der „Ameise" folgendes Ergebnis der Urabstimmung über die Frage der **Verschmelzung mit dem Verbande der Fabrikarbeiter:**

In 133 Zahlstellen mit zusammen 44 945 Mitgliedern wurden [illegible]370 Stimmzettel abgegeben, von 18 Zahlstellen mit zusammen [illegible] Mitgliedern wurden keine Abstimmungsresultate gemeldet. Von den abgegebenen Stimmzetteln waren 96 ungültig und [illegible], **so daß nach deren Abzug 21 310 gültige Stimmen abgegeben** waren. Von letzteren lauteten **19 222 gleich 90,53 Prozent der gültigen Stimmen auf „Ja"** und 2018 gleich 9,47 Prozent auf „Nein".

Die Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverbande unter Bildung des Keramischen Bundes ist somit mit überwältigender Mehrheit der Abstimmenden in unserm Verbande beschlossen und der Beschluß für alle Zahlstellen und Mitglieder verbindlich und rechtswirksam. Da der Verband der Glasarbeiter auf seiner Generalversammlung im Juni in Görlitz den gleichen Beschluß faßte und vom Vorstand und Beirat des Fabrikarbeiterverbandes die Zustimmung zur Bildung des Keramischen Bundes längst vorliegt, wird die Verschmelzung nunmehr Tatsache und die drei **Verbandsleitungen haben gemeinsam beschlossen, sie am 1. August d. J. zu vollziehen.**

Das Versagen der Genossenschaftsinternationale

Ein Bericht zum Internationalen Genossenschaftstag

Von Ernst Baumann

Die **Internationale Genossenschaftsallianz** (London) hat ein Manifest erlassen, in dem sie auch in diesem Jahr die Millionen Genossenschafter aufruft, den Internationalen Genossenschaftstag am 3. Juli zu feiern. Die Allianz findet jedoch in diesem Jahr wieder nicht den Mut, gleichzeitig einen Rechenschaftsbericht über ihre Arbeit zu veröffentlichen. Sie begnügt sich mit einem phantastischen Phrasengeklingel. Das ist die beliebteste Methode, um das eigene Nichtstun und die falsche Politik vor den Massen zu verbergen und sie irre zu führen. Ueberhaupt sind die Mitgliedermassen der Konsumvereine **über internationale genossenschaftliche Angelegenheiten miserabel unterrichtet.** Dieser Genossenschaftstag ist also eine gegebene Gelegenheit, über Rolle und Bedeutung der Genossenschaftsbewegung im internationalen Maßstab zu sprechen.

Geben wir selber eine Darstellung über die Leistungen der Allianz seit dem vorigen Internationalen Genossenschaftstag im Juli 1925. Erinnern wir uns, daß der letzte **Internationale Genossenschaftskongreß** im September 1924 in Gent stattfand. Diese Führertagung bestand im wesentlichen in einer Beschäftigung mit dem Problem, wie die Genossenschaftsinternationale, trotz des Elends und der Not ihrer ausgebeuteten Genossenschaftsmitglieder, trotz der organisierten Angriffe des Weltkapitals auf die Massen, trotz des Vormarsches von Faschismus und drohender Kriegsgefahr, gleich wie ein **Märchenschiff mit aufgezogener Regenbogenfahne,** unbekümmert um die Vorgänge in der Welt weiter segeln könne. Alle Kunst abgefeimter reformistischer Führer war auf dem Kongreß darauf eingestellt, die Genossenschaftsbewegung in sogenannter „politischer Neutralität" abzuspalten von der gesamten Arbeiterbewegung und die Genossenschaften daran zu hindern, die selbstverständlichsten Notwendigkeiten proletarischer Genossenschaftspolitik zu erfüllen.

Wenn nicht die **proletarische Opposition** mit zäher Energie um einige wenige Kernfragen gerungen hätte, wäre Gent überhaupt zum Grab der Genossenschaftsinternationale geworden. Der entscheidende Streitpunkt dabei war die Forderung **direkter Zusammenarbeit von Genossenschafts- und Arbeiterbewegung.** Insbesondere sollte mit den Gewerkschaften ein Bündnis hergestellt werden. Unter dem Druck der Klasseninteressen der Genossenschaftermillionen in allen Ländern wurde schließlich eine Kompromißresolution angenommen, in der zwar der Antrag der Genossenschaften der Sowjetunion auf permanente Verbindung der Genossenschaftsinternationale mit den Gewerkschaftsinternationalen in **Moskau** und **Amsterdam** „wegen Gefährdung der Neutralität" abgelehnt, **aber immerhin beschlossen wurde:**

„Der Kongreß von Gent bestätigt trotzdem die Fortsetzung der gemeinsamen Tätigkeit mit den internationalen Gewerkschaftsbünden (in **Moskau und Amsterdam**) in besonderen Fragen, die von Zeit zu Zeit entstehen können, vorausgesetzt, daß jede Frage dem Zentralkomitee der Allianz vorher unterbreitet und von ihm gutgeheißen worden ist."

Dieser halbe, zweideutige Beschluß ist das einzige positive Ergebnis des ganzen Kongresses. Seine Durchführung wäre immerhin gegenüber der bisherigen Politik eigener Kastrierung und Isolierung ein gewisser Fortschritt gewesen. Fast zwei Jahre sind nun vorüber, und **absolut nichts ist zur Durchführung getan worden.**

Die Arbeiterschaft steht in erhöhter Kampfsituation. Die Offensive des Kapitals drückt die Lebenslage der Arbeiter- und Bauernmassen herunter, die Genossenschaften selber leiden unter der geschwächten Kaufkraft ihrer Mitgliedschaft. Ununterbrochen sind die Vorstöße auf Lohn und Arbeitszeit; Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ist enorm. Die Profitgier der kapitalistischen Klasse bringt Teuerung, maßlose Steuern und Zölle. Der Faschismus erhebt immer frecher sein Haupt und hat insbesondere in Italien mit neuen Schlägen die Genossenschaftsbewegung vernichtet, Kriegsgefahren drohen ständig. Die verschärften wirtschaftlichen Krisen in einer Reihe von Ländern haben die internationale Einheitsfront des Proletariats notwendiger als je gemacht. Aber um nichts kümmert sich die Genossenschaftsbewegung. Auch die verschiedenen Landesverbände der Genossenschaften gehen tatenlos an den Lebensfragen ihrer Mitgliedermassen vorbei.

Verfolgen wir hier speziell die Vorgänge in der **Genossenschaftsinternationale** ein Jahr zurück, um einen Einblick in die Werkstatt internationaler Genossenschaftspolitik zu bekommen.

Im Juni 1925 fand eine **Exekutivsitzung in Stockholm** statt. Auf der Tagesordnung stand die Durchführung des oben zitierten Beschlusses in bezug auf die Verbindung mit den Gewerkschaftsinternationalen, sowie vom Januar 1925 her ein Referat über die internationale Genossenschaftspolitik, außerdem die Frage von Maßnahmen gegen den Faschismus in Italien. Der erste Punkt wurde vertagt, und mit ihm zusammen auch die drei Anträge der Delegation der Genossenschaften der Sowjetunion, die praktische Vorschläge für einen gemeinsamen Kampf gegen die Teuerung, Steuern, Kriegsgefahr und Faschismus und für eine einheitliche Weltkonferenz machten. Es wurde mitgeteilt, daß die italienische Regierung trotz ihrer Zusicherung eine Genossenschaftsdelegation nach Italien nicht zulasse. Es sei jetzt „mit der Würde der internationalen Genossenschaftsbewegung nicht mehr vereinbar", bei Mussolini weiter zu betteln. Offiziell heißt es: „Es wurde daher beschlossen, die ganze Angelegenheit als **erledigt** zu betrachten!" Die „grausamen und sinnlosen Zerstörungen" sollen in der Genossenschaftspresse gebrandmarkt werden.

Liebevoll widmete sich die Exekutive der üblichen kommunistenfeindlichen Hetze gegen die Genossenschaften der Sowjetunion, um einen Vorwand zu haben, die 14 Sitze der Genossenschaftsverbände der Sowjetunion im Zentralkomitee auf 7 herunterzudrücken (was der Hamburger Kauffmann beantragte). Eine angenommene Resolution provozierte geradezu den Ausschluß der Genossenschaften der Sowjetunion.

Im Oktober 1925 war die **Zentralkomiteesitzung in Paris.** Die Tagesordnung umfaßte 20 Punkte. Zum Punkt „Durchführung der Genter Beschlüsse" erklärte der Generalsekretär **May,** daß er die Aufnahme der Beziehungen zu **Amsterdam** empfehle, zu **Moskau** jedoch als unerwünscht betrachte. Die Delegation der Genossenschaften der Sowjetunion beantragte, daß man angesichts der ökonomischen und politischen Situation alsbald eine gemeinsame Konferenz der Genossenschafts- und Gewerkschafts-Internationalen einberufen solle. Dagegen wurde der englische Antrag angenommen, vorläufig jegliche Beziehungen zu den Gewerkschafts-Internationalen zu unterlassen! Sabotage bleibt Trumpf. Der Punkt „Internationale Genossenschaftspolitik", zu dem seitens der Delegation der Genossenschaften der Sowjetunion jetzt ein Memorandum mit konkreten Vorschlägen vorlag, wurde iewderum vertagt, da der Referent **Goedhart** nicht anwesend war. Die früher genannten drei Anträge wurden ohne Diskussion abgelehnt. In bezug auf die „Neutralität" wurde eine neue Interpretation gefunden, in der die Verbindung mit den internationalen Gewerkschaftsverbänden formell für gewisse Fragen anerkannt wird. Praktisch wurden keine Beschlüsse gefaßt.

Im Februar 1926 fand dann wieder eine **Exekutivsitzung im Haag** statt. Vier Tage lang wurde beraten, ohne irgendeine einzige Frage zu entscheiden. Der Punkt „Internationale Genossenschaftspolitik" wurde wiederum vertagt. Gegenüber den neuen faschistischen Zerstörungen im November 1925 an den italienischen Genossenschaften wurde mitgeteilt, daß außer verschiedenen Korrespondenzen nichts geschehen könne. Den Vorschlag der Roten Gewerkschaftsinternationale, eine gemeinsame Abwehr zu organisieren, habe man aus „Neutralitätsgründen" ablehnen müssen. Soweit wir aus den Protokollen sehen, beschränkt sich der einzige gefaßte Beschluß auf folgendes: „Die Vorbereitung eines Entwurfes für einen Plan zur Ausarbeitung eines Schemas für ein umfassendes Programm einer internationalen **Statistik** der Genossenschaftsbewegung, auf Wunschäußerung bezüglich einer Vergrößerung des Vertriebes des amtlichen Bulletins und auf die endgültige Farbengebung der Genossenschaftsflagge in Regenbogenfarben." Dabei ist die Allianz eine Organisation von 50 Millionen zumeist **proletarischer** Konsumvereinsmitglieder!

Im Mai war eine **Exekutivsitzung in Antwerpen.** Beschlüsse: Keine Beteiligung an der Maidemonstration und keine internationale Solidaritätsaktion für den englischen Streik. Der Präsident **Goedhart** trat dabei mit solcher „Intransigenz" auf — schreibt der sozialdemokratische **„Peuple"** (Brüssel) — daß sie „selbst bei allerneutralsten Mitgliedern der Exekutive Proteste hervorgerufen hat." — Wir glauben, dieser kurze Bericht genügt vollauf.

Die Führer haben sich als Interessenvertreter der Bourgeoisie und als Feinde des Proletariats erwiesen. Nicht nur im internationalen, sondern auch im nationalen Maßstab sehen wir das: das Versagen der Genossenschaften während des Generalstreiks in England, die Sabotage des Kampfes gegen die Fürstenabfindung in Deutschland, die Streiks in den Genossenschaften aller Länder, die Unzufriedenheit der Mitglieder mit den Leistungen.

Was ist in dieser Situation zu tun? Die Antwort ist sehr einfach: **die klassenbewußten Proletariermassen in den Genossenschaften müssen dafür sorgen, daß sie selber die Führung der Bewegung in die Hand bekomme.** Die Genossenschaftsbewegung ist eine wichtige und notwendige proletarische Massenorganisation.

Am **Internationalen Genossenschaftstag** am 3. Juli, an dem die Genossenschaftsführer ihre Neutralität und ihre Arbeiterfeindschaft durch das Hissen von Fahnen in Regenbogenfarben demonstrieren, muß die Parole der Millionen von Genossenschaftsmitgliedern in Stadt und Land heißen: **Kampf für eine proletarische Genossenschaftsbewegung,** Eingliederung der Genossenschaften in die Klassenfront, die Genossenschaften ein Klassenwerkzeug in den Händen der Werktätigen selbst! Nieder mit der Regenbogenfahne — **hoch** die rote Fahne einer klassenbewußten, kampfbereiten internationalen Genossenschaftsbewegung!

Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher

Im großen Saale des Volksbildungsheim Frankfurt a. M. begrüßte am Montagnachmittag Kollege Fischer, Vorsitzender der Frankfurter Ortsgruppe, den Verbandstag sowie die ausländischen und inländischen Gäste. Fischer gibt einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Ortsgruppe Frankfurt, die im Jahre 1884 gegründet wurde. — Im Namen des Gewerkschaftskartells begrüßt Kollege Sauer den Verbandstag. Kollege Simon, Nürnberg, begrüßt im Namen des Zentralvorstandes den Verbandstag und die erschienenen ausländischen, sowie inländischen Gäste. — Anwesend sind: Poulton-England, Roux-Frankreich (Lederarbeiter), Bellink-Belgien (Lederarbeiter), Jönson-Dänemark (Sattler), Blum-Deutschland (Sattler), Mahler-Deutschland (Lederarbeiter), als Vertreter des ADGB. Kollege Sabath, Berlin.

Der Verbandstag wird sodann vom Kollegen Simon eröffnet. — Es erfolgt die Wahl der Vorsitzenden. Vorgeschlagen wurden: Simon-Nürnberg, Kuhnt-Offenbach und Genosse Hörtz-Berlin, gewählt wurden Simon und Kuhnt. Als Schriftführer wurden gewählt: Gen. Walter, Stuttgart, und die Kollegen Ditzel, Ilgen, Rudolf, Rademacher und Hansen. — Die Wahl der Mandats-, sowie der Statutenberatungskommission wurde vorgenommen.

Sodann erhält das Wort Poulton-England. Er spricht im Namen aller erschienenen ausländischen Verbände, begrüßt den Verbandstag, hofft und wünscht der Tagung einen vollen Erfolg. — Kollege Simon widmet den (seit dem letzten Verbandstag) verstorbenen Kollegen einen Nachruf und schlägt im Namen des Vorstandes und Beirates folgende Tagesordnung vor:

1. Wahl des Bureaus und der verschiedenen Kommissionen.
2. Bericht des Vorstandes, des Ausschusses und der Redaktion.
3. Vortrag: „Die Arbeitsgerichts-Gesetzesvorlage", Referent Aufhäuser.
4. Vortrag: „Die wirtschaftliche Lage".
5. Statutenberatung.
6. Sonstige Anträge.
7. Wahl des Vorstandes, des Redakteurs und des Ausschusses.

Genosse Möckel-Erfurt schlägt vor, daß die Tagesordnung auf Grund der von der Ortsgruppe Erfurt gestellten zwei Anträge umgestellt werde. Antrag 1 lautet: „Es ist ein Referat zu halten über Berufs- oder Industrieverbände." Antrag 2: „Es ist ein Referat und Korreferat zu halten über die Herstellung der internationalen Einheit der Verbände in der Lederindustrie." Antrag 1 wird gegen 15, Antrag 2 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Genosse Heilmann bemängelt, daß die Tagesordnung nicht die Behandlung des zuletzt abgeschlossenen Reichstarifes vorsieht und beantragt, daß der Punkt eingeschoben wird.

Kollege Simon erklärt, daß der Vorstand beabsichtigt, die Tariffrage in einer geschlossenen Sitzung zu behandeln.

Genosse Mößner wendet sich gegen eine geschlossene Sitzung, es wird aber so beschlossen, wie vom Vorstand beantragt.

Kollege Lex erstattet nun den Bericht des Vorstandes über die verflossene Periode seit dem letzten Verbandstag in Leipzig. In seinen 1½stündigen Ausführungen gab er kein Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes erstatten. Er setzte sich lediglich mit der Polemik, die von der Unternehmerpresse gegen den Reichstarif geführt wurde, auseinander. Den Abschluß des letzten abgeschlossenen Reichstarifes streifte Lex nur mit sehr wenigen Worten und sagte nichts über die Verschlechterungen, die der Reichstarif in den meisten Fällen gebracht hat. Lex sagte auch nichts über die Abwehrmaßnahmen, die von dem Zentralvorstand unternommen wurden, desto mehr ging er aber dann zum Angriff auf die Opposition über. Es waren die üblichen Phrasen, die er zum Ausdruck brachte. Lex beschäftigte sich auch mit der Frage der Rußland-Delegationen und sagt, daß Delegationen, die nach Rußland entsandt werden, der Organisation keinen Vorteil bringen, wogegen es viel vorteilhafter wäre, eine Studienkommission nach Amerika zu entsenden. (Fortsetzung folgt.)

Schlußbericht des Buchdrucker-Verbandstages folgt morgen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260628-11/fragment/page=0005
DFG

Halle und Saalkreis

Steuerzahler, Taschen zu!

Nicht nur der Staat braucht Geld, sondern auch die Kirche kann ihren überflüssigen Bestand nicht mehr mit dem Klingelbeutel halten und macht es dem großen Bruder Staat nach, indem sie Kirchensteuern erhebt. An sich haben wir gegen diese Kirchensteuern nichts einzuwenden, denn wer ohne Bibelsprüche und Rosenkränze nicht leben kann, mag auch zahlen, bis ihm die Augen an zu tränen fangen. Eigenartig ist nur, daß die Kirche, die ja vom Staat getrennt ist, sich bei der Eintreibung ihrer Steuern der staatlichen, beziehungsweise der kommunalen Finanzämter bedienen kann. Die Aufforderung zur Steuerzahlung ergeht stets von einem Finanzamt, während die Zahlung selbst in den verschiedenen Gemeindehäusern der Kirche zu erfolgen hat.

Ein in Halle wohnender Arbeiter erhielt vor einigen Tagen vom hiesigen Finanzamt die Aufforderung zur Entrichtung einer Kirchensteuer in Höhe von 11,60 Mark an das evangelische Gemeindeamt. **Der aufgeforderte Arbeiter ist ausweislich einer amtsgerichtlichen Bescheinigung seit dem Jahre 1919 nicht mehr Mitglied der Kirche.** Mitglied der **evangelischen** Kirche, für die er Steuern entrichten soll, ist er überhaupt noch nicht gewesen. Vor seinem Austritt gehörte er der katholischen Kirche an. Man muß sich nun mit Recht fragen, wie das evangelische Kirchenamt überhaupt zu der Adresse dieses Arbeiters kommt. — Zweifellos liegt in diesem Falle eine besonders krasse Bauernfängermethode vor. Wahrscheinlich studiert das evangelische Kirchenamt eingehend das hallische Adreßbuch und ergänzt aus der Fülle dieses Adressenmaterials in geeigneter Weise die lückenhaften Listen seiner Steuerzahler.

Die Arbeiterschaft muß solche Bauernfängermethoden mit Massenaustritt aus der Kirche beantworten. Die Austrittserklärung muß persönlich vor dem zuständigen Amtsgericht erfolgen und ist kostenlos.

Heraus aus der Kirche!

Wieder eine Exmittierung

Viele, denen auf Antrag eines Hauspaschas, durch den Spruch eines reaktionären Richters die Wohnung genommen wird, ohne daß sie Anspruch auf irgendwelchen Ersatzraum geltend machen können, glauben immer noch, daß sie mit Hilfe der bestehenden bürgerlichen Gesetze zu ihrem Recht gelangen können. Ebenso vielen ist diese Hoffnung allerdings geschwunden und sie haben gelernt, daß nur eine breite, fest zusammengeschweißte Front aller Werktätigen im zähen Klassenkampf den ganzen bürgerlichen Paragraphenklüngel über den Haufen werfen und dadurch der verelendeten Masse zu ihrem Recht verhelfen kann.

Am 23. Juni ist wieder ein „weiser" Richterspruch **verkündet, durch den eine fünfköpfige Familie aus ihrer Kellerwohnung auf die Straße gesetzt** wird. Der Grund ist, Mietrückstand von zwei Monaten. Der Hauswirt, **Tischlermeister Leihling, Albert-Schmidt-Straße 2,** verlangt auch von dem Exmittierten gar keine Miete mehr und ist vollkommen zufrieden, wenn nur der Mieter auf die Straße fliegt. Was aus den Kindern wird, unter denen sich eins im Alter von erst einem Jahr befindet, danach fragt niemand.

Eine derartige Rechtsprechung ist aber nicht etwa brutalste Willkür der besitzenden Klasse, sondern „Recht", eine Stütze der demokratischen Ordnungsrepublik Deutschland, an deren Spitze Herr Paul von Hindenburg, der von den nationalen Parteien gepriesene Retter steht. Fürwahr: **Something is rotten of the staate of germany!**

Ein mordlüsterner Staatsbeamter

Am Sonntag des Volksentscheids hatte ein Arbeiter in Burgliebenau das Herannahen der Stahlhelmautos durch Ausklingeln im Orte bekannt gemacht, um so die Einwohnerschaft frühzeitig vor dem drohenden Ueberfall zu warnen. Diese rechtzeitige Warnung war natürlich nicht im Programm der Stahlhelmhorden vorgesehen, und in ihrer Wut darüber, daß sich ihnen nun keine Gelegenheit bot, ein Blutbad zu provozieren, fuhren sie mit ihren Lastwagen vor die Wohnung des betreffenden Arbeiters, der übrigens keiner Partei angehört. Zwei Mann gingen in das Haus und verlangten den Arbeiter zu sprechen. Sie mußten jedoch unverrichteter Sache wieder abziehen, da der Arbeiter nicht zu Hause war. Am Montag ging der Arbeiter in die Wirtschaft und traf hier einen Teilnehmer an den Terrorfahrten der Stahlhelmbanden. **Es handelt sich um den in staatlichen Diensten stehenden Oberförster Ohmhausen aus Raßnitz.** Als dieser den Arbeiter erblickte, lenkte er in provokatorischer Absicht sogleich das Gespräch auf die Vorkommnisse des Sonntags. Der Arbeiter ließ sich aber auf nichts ein, antwortete nicht und begab sich in die Küche des Wirtes, um dem Oberförster keine Gelegenheit zu geben, weiter zu stänkern. Der Oberförster jedoch, der die Jagd auf Menschen scheinbar besser versteht als auf Wild, folgte dem Arbeiter in die Küche und stellte ihn darüber zur Rede, wie er dazu komme, das Nahen der Stahlhelmautos auszuklingeln. Als der Arbeiter jede Unterhaltung mit diesem „sauberen Beamten" ablehnte, **wurde Ohmhausen handgreiflich.** Aber auch jetzt bewahrte der Arbeiter seine Ruhe. Der Oberförster, der nun merkte, daß seine Provokationen den gewünschten Zweck verfehlten, sagte hierauf wörtlich zu dem Arbeiter:

„Sie können Ihren Gott danken, daß Sie am Sonntag nicht zu Hause waren, sonst hätten wir Sie mit zu einer Rundfahrt auf unser Auto genommen und was dann passiert wäre, ist unsere Sache!"

Wir sind nun der Meinung, daß es Sache der Staatsanwaltschaft und der vorgesetzten Dienstbehörde ist, den leicht verständlichen Sinn der Worte zu deuten. Zeugen waren bei dieser Auseinandersetzung genügend vorhanden. Diese haben auch sämtlich gehört, daß der Herr Oberförster mit **mit Maschinengewehr gespickten Autos** renommierte. Die Angelegenheit ist **vorerst** dem Regierungspräsidenten Grützner unterbreitet, und **es** muß sich nun zeigen, inwieweit die Behörden der Republik Energie aufbringen, um diesem frechen Fememordgesindel ganz gehörig die Fingernägel zu beschneiden.

Wir fordern aber weiter in aller Oeffentlichkeit von der Staatsanwaltschaft, daß sie sich einmal näher mit diesem völkischen „Ehrenmann" beschäftigt, denn daß es sich bei dem getanen Ausspruch nicht nur um eine leere Drohung handelt, beweist ja, daß die Stahlhelmautos, auf denen sich auch dieser blutlechzende Oberförster befand, tatsächlich am Sonntag vor der Wohnung des Arbeiters erschienen sind, um diesen zu einer „Rundfahrt" abzuholen.

In diesem Zusammenhang soll auch noch mitgeteilt werden, daß auch der Brauereibesitzer Marx seinen Lastwagen den Stahlhelmern zur Verfügung gestellt hat. Wenn „das Auge des Gesetzes" es nicht für nötig befindet, auf diese Gesindel sein Augenmerk zu richten, dann muß die Arbeiterschaft ihrerseits sehr aufmerksam sein und die Femepläne dieses nationalen Mordgesindels zur gegebenen Zeit mit entsprechenden Mitteln vereiteln.

Wie Grützner, der „angepflaumte" Regierungspräsident, seine Ehre rettet

3350 Mark Geldstrafen für den Chefredakteur der „Halleschen Zeitung" und seine nationalen Komparsen

Vierzehn edelste Söhne jener Nation, die sich anmaßt, Hort des Volkes der „Denker und Dichter" zu sein, füllten am Sonnabend die Anklagebänke des erweiterten Schöffengerichts, das angerufen war, die Kampfmethode mit „geistigen Waffen" zu beurteilen, der sich diese nationalen „Helden" bedient hatten. An der Spitze marschierte ihr Oberhaupt, der **Chefredakteur der „Halleschen Zeitung" Lindemann.** In treuer Gefolgschaft und im Zeichen des Stahlhelms, als hehres Wahrzeichen edler deutscher Gesinnung, standen ihm zur Seite der Kunstmaler Daniel Hiesinger, der Buchdruckereibesitzer Dr. Carlsson, der Geschäftsführer Walter Schwarznecker, der Geschäftsführer des Landbundes August Kirchhoff, der Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei Max Schwabe aus Halle, der Geschäftsführer des Landbundes Max Teichmann, der Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei Hans Voigtländer aus Merseburg, der Geschäftsführer des Landbundes Paul Pfeiffer aus Hainichen bei Zeitz, der Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei Richard Imann aus Sangerhausen, der Buchstellenleiter Otto Hartmann aus Delitzsch, der Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei Major a. D. Fritz von Lossow aus Wittenberg und der Geschäftsführer des Landbundes Hans Schöttler aus Querfurt. Der Mitangeklagte Klischeefabrikant Müller aus Halle war nicht erschienen. Sein Fehlen wurde entschuldigt und das Verfahren gegen ihn abgetrennt. Als Verteidiger hatten sich die Angeklagten den völkischen Spezialisten, Rechtsanwalt Dr. Melzer aus Leipzig, verschrieben. Strafantrag war vom Regierungspräsidenten Grützner gestellt, der in der Verhandlung als vereidigter Zeuge und Nebenkläger auftrat. Ihm stand Rechtsanwalt Dr. Fackenheim zur Seite. Den Vorsitz des Gerichts führte Landgerichtsdirektor Dr. Kranz, während die Anklage durch Oberstaatsanwalt Dr. Luther vertreten wurde.

Der angesetzte Beginn der Verhandlung verzögerte sich zunächst dadurch, daß ein Schöffe, nämlich der Regierungsinspektor Willnow aus Merseburg, als Untergebener des Nebenklägers, sich für befangen erklärte. Das Gericht ließ daher als Ersatzschöffen Herrn Feuchtwanger unverzüglich laden, der auch alsbald erschien. Der Verteidiger der Angeklagten ließ durchblicken, daß ihnen dieser Schöffe nicht angenehm sei, was bei der antisemitischen Einstellung der Angeklagten auch nicht wunder nimmt, doch verzichteten sie mangels rechtlicher Handhabe auf Einspruch. Jedoch erhoben sie dagegen Einspruch, daß der Nebenkläger Grützner der Verhandlung beiwohnte, weil er als Zeuge vernommen werden müßte. Das Gericht verwarf jedoch den Einspruch, weil es die Eigenschaft des Regierungspräsidenten als Nebenkläger, gegenüber der als Zeugen wichtiger bewertete. Nun endlich konnte zur Beweisaufnahme geschritten werden, der folgender Tatbestand zugrunde lag:

Ende November 1925, anläßlich der Provinzial-Landtagswahlen, waren zwei Flugblätter erschienen, die zur Wahl der Kandidaten des Nationalen Ordnungsblockes, in dem alle nationalen Verbände vereinigt waren, aufforderten. Das eine, wegen seiner Färbung als das „gelbe" bezeichnet, trägt am Kopfe drei Bilder. Das erste Bild stellt einen Arbeiter in der bekannten bürgerlichen Karikatur dar. Das zweite zeigt einen Mann im Frack mit Brillantnadel, wie er einen Geldbeutel schwingt, der die Inschrift „Sparkasse" trägt. Im dritten Bilde schaut der Mann als Sträfling aus vergittertem Gefängnisfenster. Daran knüpfen sich Texte, die sich mit Führern der Sozialdemokratischen Partei befassen. Ueber Grützner wird in diesem Flugblatt gesagt:

„Grützner (Sozialdemokrat), Rechtsanwalt, Regierungspräsident in Düsseldorf. In Strafverfahren wegen Hafer- und Pflaumenschiebungen verwickelt. Das Gericht stellt fest, daß er leichtsinnig gehandelt habe, er wird daraufhin lediglich nach Merseburg versetzt."

Das zweite Flugblatt trägt die gleiche, Führer der Arbeiterschaft verächtlich machende Tendenz. Ueber Grützner ist in diesem Flugblatt gesagt:

„Herr Regierungspräsident Grützner, der fanatisch jeden Alkoholtrinker verfolgt, hatte aber nichts gegen Verschiebungen von Pflaumen, die nach Holland zur Schnapsverarbeitung wandern. Außerdem liebt Herr Grützner gute Zigarren, sonst würde er sie auch verbieten."

Hierzu eine Abbildung des Nebenklägers Grützner, wie er im Klubsessel sitzt und dicke Zigarren raucht. An der Wand ein Diplom über „Pflaumen-Export" und vor sich eine geöffnete Kiste bester Import-Zigarren.

Die Angeklagten waren nun beschuldigt, diese Flugblätter, die später beschlagnahmt wurden, verfaßt, angefertigt und verbreitet zu haben. Eigentlich hätten doch nun diese Punkte bei der Vernehmung der Angeklagten schnell und reibungslos geklärt werden müssen, da die tradionellen guten Eigenschaften der Deutschen, dessen Pflege, Aufrechterhaltung und Nacheiferung angeblich vornehmstes Ziel der nationalen Verbände ist, doch zusammengefaßt so lauten:

„Vor allem eins, mein Kind,
sei treu und wahr!
Laß nie die Lüge Deinen Mund entweihn!
Von alters her im deutschen Volke war
der höchste Ruhm, getreu und wahr zu sein!

Der hier gepriesene „höchste Ruhm" im deutschen Volke wurde aber in dieser Verhandlung arg zuschanden. Dies zeigte sich besonders bei den Nachforschungen über das gelbe Flugblatt. Hier bekannte sich lediglich der Kunstmaler Hiesinger zum Hersteller der Zeichnungen, wollte aber seinen (oder seine ??) Auftraggeber nicht verraten. Die anderen Angeklagten hießen in dieser Angelegenheit „Hase" (ich weiß von nichts!). Auch diejenigen, die das Flugblatt verteilen ließen, wissen nicht, wo es denn eigentlich herkam. Wenn man ihnen Glauben schenken wollte (es wird sich allerdings hierzu niemand finden), so ist das Flugblatt in vielen tausend Exemplaren von unsichtbaren deutsch-völkischen „Heinzelmännchen" **verfaßt und hergestellt. Der Gedanke übrigens: Politik in der „Märchenwelt", erscheint dem nicht mehr so sehr absurd, der sich einmal mit Artikeln der „Halleschen Zeitung" befassen mußte!** Während also das gelbe Flugblatt von seinem Schöpfer schmählich im Stich gelassen wurde, bekannte sich bei dem anderen Flugblatt Chefredakteur Lindemann zum geistigen Vater! (Zensur: Siehe Einführungsabsatz.) Erwartungsgemäß versuchten die Angeklagten, sich hinter dem bekannten Schutzparagraphen 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zu verkriechen. Außerdem wollte Lindemann natürlich nicht die Person, sondern das System geißeln. Im übrigen fußten die Angeklagten darauf, daß die erhobenen Anschuldigungen im „Fridericus" (wer liest den „Fridericus"?) und **sogar (!)** in der „Halleschen Zeitung" gestanden hätten, aber da sich Grützner darauf nicht geäußert habe, sei daraus seine Schuld erwiesen, denn nach Meinung dieser nationalen Elite ist derjenige tatsächlich ein Lump, der sich als Lump jahrelang durch ihre Zeitung **schmieren** läßt. Mit diesem Ausdruck wird also **von seiten der Angeklagten zugegeben, daß es sich bei ihrem Artikelschreiben nur um ein schmieren handelt.**

Der Dünkel, von dem diese Leutchen bezüglich der Wichtigkeit ihres „Provinzblättchens" befallen sind, kennzeichnet ihren Größenwahn. Vermöge dieser Eigenschaft standen sie nicht ab, den Gerichtssaal zur Theaterbühne zu machen. Für Erheiterung sorgte der Kunstmaler. Er stellte fest, daß er Grützner nicht als Karikatur, sondern schöner, als er in Wirklichkeit sei, dargestellt habe. Sogar der Souffleur wurde nicht vermißt. Wenn der Vorsitzende an einen der Angeklagten solche Fragen stellte, die verfänglich sein konnten, hörte man von verschiedenen Seiten geflüsterte Antworten, die den Befragten das erlösende Wort zuraunten. Hieran beteiligte sich auch trotz wiederholter Rügen des Vorsitzenden der völkische Musteranwalt aus Leipzig. Schließlich beanstandete sogar der Oberstaatsanwalt, daß er auf seine Fragen immer schon Antworten vernahm, bevor sich überhaupt der tatsächlich befragte Angeklagte geäußert hatte.

Sodann äußerte sich der Nebenkläger Grützner zu den Schieberaffären, wobei er

als Sozialdemokrat bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden

seinen Eid leistete. Besonders kränkend schien es ihm zu sein, daß man ihn seitens der nationalen Verbände in den Mittelpunkt des Wahlkampfes rückte, wo er sich doch selbst nie an solchen aktiv beteiligt hätte und

während seiner Amtstätigkeit überhaupt nie als Sozialdemokrat hervorgetreten wäre!

Den „höchsten Ruhm", den die oben zitierte poesievolle Ermahnung aller wahrhaften Teutschen bezeichnet, kann der Sozialdemokrat Grützner für sich beanspruchen, denn treuer und wahrer kann er nicht mehr sein, wenn er selbst zugibt, daß er nie als Sozialdemokrat hervorgetreten ist. Mit uns wissen viele sozialdemokratische Arbeiter, daß sich ein nationaler Regierungspräsident nicht patriotischer und arbeiterfeindlicher gebärden kann, als es der Sozialdemokrat Grützner in seiner Eigenschaft als Regierungspräsident getan hat.

Ueber die „Pflaumenverschiebung" äußerte Herr Grützner, es habe ihm als Regierungspräsident von Düsseldorf damals in Zeiten der Not sehr daran gelegen, seinen Bezirk mit Obst und Gemüse aus Süddeutschland zu versorgen, um dem Wucher entgegenzutreten. Die in beträchtlichen Mengen ungenießbar gewordenen Pflaumen wurden nach Holland zur Schnapsbereitung weitergeleitet, wozu er die vom Reichsernährungsminister bezogenen Ausfuhrbewilligungen ausstellte. Hierbei überging er die Vorschrift, die Waren vor der Ausfuhr durch einen Sachverständigen auf ihren Zustand hin begutachten zu lassen. Da er öffentlich als Antialkoholiker bekannt war, sollte die Ware im Inland nicht zu Schnaps verbrannt werden, weil er befürchtete, sich dadurch lächerlich zu machen. Daß es für einen international eingestellten Sozialisten ebenfalls lächerlich wirken muß, wenn er nur im Inland Alkoholenthaltung predigt, hat er scheinbar nicht bedacht.

Grützner trat erst 1919 der Sozialdemokratischen Partei bei, war Kommunalbeamter und wurde 1920 Regierungspräsident und somit zum Nutznießer der Revolution, deren Ausgang er bis 1919 erst vorsorglich abwartete. Dies brachte jedenfalls der Anwalt der Angeklagten zum Ausdruck. Er bemäntelte auch die „rüde" und „scharfe" Form der Flugblätter damit, daß dies nur der handfeste Keil auf den groben Klotz sei, wie ihn die Flugblätter der „roten" Partei darstellten. Außerdem sollte das Volk durch die Flugblätter daran erinnert werden, wie wenig die Versprechungen bei der Revolution über Friede, Brot, Freiheit usw. in Erfüllung gegangen seien. Hier mußte er sich vom juristischen Beistand des Nebenklägers erinnern lassen, daß dem Volke auch schon zu anderen Zeiten und von anderer Seite unerfüllte Versprechungen gemacht wurden, und zwar mit den Worten: **„Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen!"**

Der Verteidiger beantragte für seine angeklagten, „unschuldsvollen" Lämmer Freispruch, da der Wahrheitsbeweis sinngemäß erbracht sei. Mit dieser Ueberzeugung stand er allerdings allein, denn der Staatsanwalt erkannte für schuldig und beantragte Geldstrafen von 250 Mk. bis 500 Mk., sowie Publikation des Urteils in verschiedenen Zeitungen auf Kosten der Angeklagten.

Das Urteil wurde nach einer vierzehnstündigen Verhandlung gegen Mitternacht gefällt und lautet: **Chefredakteur Lindemann und Kunstmaler Hiesinger werden zu je 500 Mk., Dr. Carlsson zu 250 Mk., Geschäftsführer Schwarznecker zu 300 Mk. und die übrigen Angeklagten zu je 200 Mk. Geldstrafe verurteilt.** Das Urteil wird auf Kosten der Angeklagten in den „Düsseldorfer Nachrichten", im „Fridericus", in der „Halleschen Zeitung" und im „Volksblatt" veröffentlicht. **Von Freiheitsstrafen wurde Abstand genommen, weil es sich bei den Beleidigungen um Auswüchse des Wahlkampfes handelte (!)** und die Beteiligten noch unbestraft waren. Der Nebenkläger Grützner genoß seinen Triumph mit einem pfiffigen, Beifall heischenden Lächeln, und zeigte sich als guter Teutscher, indem er frohlockend an einer echten deutschen Tafel Most-Schokolade knabberte.

Heraus aus den völkischen Mordverbänden!

Die Zersetzung innerhalb des faschistischen Heerlagers nimmt immer größeren Umfang an. Gerade nach dem Sonntag des Volksentscheids wird dieser Prozeß recht augenfällig. Aus allen Orten erhalten wir Nachrichten, aus denen zu ersehen ist, daß die proletarischen Elemente, die zahlenmäßig im völkischen Lager immer noch überwiegen, massenweise ihren Austritt vollziehen, weil sie allmählich zu der Erkenntnis kommen, daß die vaterländischen und nationalen Verbände keine andere Bedeutung haben, als einen Schutzwall für die Großkapitalisten zu bilden. Ein bedeutsames Zeichen ist, daß gerade in den Orten, wo sich der Terror der völkischen Verbände beim Volksentscheid am schärfsten auswirkte, auch der Mitgliederschwund am schärfsten in Erscheinung tritt. Viele der Irregeleiteten ziehen sich unauffällig, fast beschämt zurück, andere wieder geben durch ihren Austritt offen kund, daß sie mit den völkischen Terror- und Femebanden nichts mehr zu tun haben wollen. Wir konnten erst in der vorigen Woche ein solches Schreiben veröffentlichen und lassen heute ein weiteres folgen.

Zur gefälligen Kenntnis,

daß mein Sohn Ernst seit Mittwoch, den 26. Juni 1926, aus dem Wehrwolf ausgeschieden ist.

Karl Kahsche, Ammendorf.

Recht so! Weitere Austritte müssen folgen. Die Arbeiterschaft muß durch Aufklärung dafür sorgen, daß diese Zersetzung des Stahlhelms, Wehrwolfs usw. in noch größerem Ausmaße erfolgt. Für die großkapitalistischen Drahtzieher und Fürstenfreunde ist das eine Quittung auf ihre arbeiterfeindlichen Terrorakte und Diktaturgelüste.

Die Rache des Fürsten von Roßla

In **Roßla** am Harz haben wir bekanntlich auch noch so eine alte Erscheinung „von Gottes Gnaden", den „Färschten" von Stolberg-Roßla. Dieser geht jetzt nach dem Volksentscheid zur Offensive über. Am Montag nach der Abstimmung wurden vier Frauen vom Personal des Fürsten mit dem Bemerken entlassen:

Sie sind zur Wahl gewesen. Ob sie nun mit Ja oder Nein gestimmt haben, das ist ganz egal, Sie haben sofort mein Haus zu verlassen!

Eine Frau davon ist bereits **über 30 Jahre im Schlosse beschäftigt** gewesen, eine andere hat einen schwer kranken Mann zu [illegible] Eine davon ist eine arme Kriegerwitwe, deren Mann ihr [illegible] des Krieges „enteignet" wurde.

Arbeiter von Roßla! Nun erst recht die Eink [illegible]

Werktätigen geschmiedet! Meidet auch die Geschäftsleute, die ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben, und kauft Eure Waren im Konsumverein!

Anfechtung des Schandurteils gegen Döllnitzer Frontkämpfer

Vor einiger Zeit wurden Frontkämpfer aus Ammendorf und Döllnitz vom Schöffengericht Halle unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Tromp zu unglaublich hohen, teilweise Zuchthausstrafen verurteilt, weil sie sich die Gewalttaten des Stahlhelmgesindels nicht mehr länger gefallen ließen und zum Selbstschutz griffen. Das Urteil wurde in einigen besonders harten Teilen angefochten. Der neue Verhandlungstermin ist auf morgen vormittag vor der Berufungsinstanz anberaumt.

Wiederholung der „Schwefelblüte"

Die Proletarische Tribüne bittet uns, mitzuteilen, daß eine zweite Aufführung der politisch-satirischen Revue „Die Schwefelblüte" voraussichtlich Ende Juli stattfindet. Die von vielen Seiten gewünschte Wiederholung war nicht eher möglich, da der Vereinigung durch eine polizeiliche Verfügung der „Volkspark"-Saal vorenthalten wird. Die nächste Aufführung wird aus diesem Grunde auf der Konzertmuschel im Garten vor sich gehen, wobei die notwendige [illegible]nbeleuchtung durch Scheinwerfer vermittelt wird.

[illegible] Schwefelblüte" ist inzwischen auch bei der Vereinigung [illegible]ationaler Verlagsanstalten, G. m. b. H., Berlin SW. 61, [illegible]fer 17, im Druck erschienen. Von Walter Troppenz erschien [illegible]eichen Verlag „Der Holzwurm", ein satirisches Spiel aus dem [illegible]ebe.

Rekto[illegible] vertr[illegible] für[illegible] der!

Potemkin oder ein Kaiserfilm?

Die unverschämte Hetze der deutschen Monarchisten gegen den russischen Großfilm „Panzerkreuzer Potemkin" wird auch heute noch fortgesetzt. Wahrscheinlich soll gerade die zähe Ausdauer, mit der von reaktionärer Seite ein Verbot dieses Filmwerks gefordert wird, die maßgebenden Instanzen veranlassen, diesen Forderungen Rechnung zu tragen.

Gegen den Versuch, den „Panzerkreuzer Potemkin" nachträglich zu verbieten, haben eine Reihe von Verbänden und Persönlichkeiten schärfsten Protest erhoben. Sie sehen in diesem Vorgehen die Absicht, ein großes künstlerisches Filmwerk aus politischen Motiven zu unterdrücken. Unterzeichnet haben u. a.: Allgemeine Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin, Chefredakteur Georg Bernhard, Professor Einstein, Ludwig Fulda, von Gerlach, Gewerkschaftsring deutscher Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenverbände, Wolfgang Heine, Herbert Ihering, Leopold Jessner, Alfred Kerr, Paul Loebe, Willi Münzenberg (MdR.), Erwin Piscator, Professor Quidde (Friedensgesellschaft). Es hat sich bereits ein Ausschuß zur Verhinderung des Potemkin-Verbots gebildet.

Zur gleichen Zeit lassen die Reaktionäre in Berlin den zweiten Teil des sogenannten Bismarck-Films drehen. Wenn auch der erste Teil schon reichlich lang und ebenso nichtssagend war, so ist das für die „geistige Elite" noch immer kein Grund, nicht doch noch einen zweiten Teil auf den Filmstreifen zu bringen. Im Gegenteil, in diesen Kreisen ist es Überhaupt gang und gäbe, Qualität durch Quantität zu ersetzen. Was der erste Teil des Bismarck-Films schuldig geblieben ist, wird jetzt im zweiten Teil nachgeholt.

Echte Etappengenerale stehen als „Prominente" vor dem Kurbelkasten,

unter anderem waren als Mitwirkende im Glashaus zu sehen: General von Lindequist, Major von Amman und sogar — Donnerwetter! — der leibhaftige Sohn des deutschen Reichspräsidenten, der **Herr Hauptmann von Hindenburg.** Warum man nicht den großen und den kleinen Wilhelm zur Mitwirkung herangezogen hat, konnte nicht ermittelt werden, es wird aber gemunkelt, daß Wilhelm sich nur von französischen Filmgesellschaften filmen läßt.

Daß die besporrten Säbelmänner, wenn auch nur im Film, noch einmal ihre glückliche Zeit abrollen lassen, das Vergnügen wollen wir ihnen nicht nehmen. Wenn jedoch die Filmprüfstelle, die doch sichtlich auch als republikanische Behörde betrachtet werden soll, ihre Erziehung schon durch Verbote anzeigen muß, dann sollte sie wenigstens um den „Potemkin"-Film kümmern, dessen künstlerische Qualität von jedem sachlichen Kenner anerkannt wird, sondern lieber die Monarchie verherrlichenden Bismarck-Film genauer unter die Lupe nehmen. Mit dem Verbot dieses Filmes würden die maßgebenden Stellen nicht nur der Republik, sondern auch der Kunst als solcher einen Dienst erweisen.

Der „Potemkin"-Film, der täglich im „Thalia-Theater" zur Vorführung kommt, muß von der Arbeiterschaft nun erst recht massenweise besucht werden. Sie schützt damit den ersten Film proletarisch-revolutionärer Tendenz, ihren eigenen Film.

•

Ermäßigter Eintrittspreis zum „Panzerkreuzer Potemkin„

Gutscheine sind unentgeltlich in den Bureaus der freien Gewerkschaften, in den Verkaufsstellen des Konsumvereins und den Arbeiter-Buchhandlungen zu haben. Diese werden an der Kasse gegen Zahlung

von 80 Pfennig

für eine Eintrittskarte angenommen. Besucht die Nachmittagsvorstellungen.

• **Volkspark.** Morgen, Dienstag, abend ½8 Uhr findet das achte Kammerkonzert statt. Es ist ein Operettenabend. Eintrittspreis 1 Pfennig, für Erwerbslose 30 Pfennig.

Bolau

Gemeindevertretersitzung. Dienstag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, Gemeindevertretersitzung mit wichtiger Tagesordnung.

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Halle

Heute abend ½8 Uhr findet in der Produktiv-Genossenschaft die Gesangschorprobe zur Sonnenwendfeier statt. Alle älteren Genossen müssen sich beteiligen.

Heute abend ½8 Uhr müssen die Musikspieler in der Jugendherberge erscheinen. Probe zur Sonnenwendfeier.

Jungarbeiter, Werktätige von Ammendorf

Heraus zur Jungarbeiter-Sonnenwendfeier des Kommunistischen Jugendverbandes am Sonnabend, dem 3. Juli 1926,

in Ammendorf.

Sammelpunkt für Sonnabend „Dreierhaus", Osendorf. Abfahrt, Abbrennen des Sonnenwendfeuers, Feuerwerk, Musik, Rezitationen, Ansprachen, Monolog mit Sprechchören.

Spiele und Volkstänze.

Die Lage der Landwirte im Hochwassergebiet des Landkreises Wittenberg

Die Lage der Landwirte, insbesondere der kleinen Besitzer, ist schon jetzt, nachdem sich der durch das Hochwasser angerichtete Schaden noch nicht einmal annähernd übersehen läßt, als eine Katastrophe zu bezeichnen. Während die Grummeternte des vorigen Jahres fast restlos durch die Mäuseplage vernichtet wurde, versprach die diesjährige Heuernte einen guten Ertrag. Fast überall auf den Elbwiesen stand das Gras kniehoch. Als der Heuschnitt beginnen sollte, kam das Hochwasser. Nur wenigen der Landwirte gelang es, das Heu vor dem schnell höher steigenden Hochwasser in Sicherheit zu bringen. Aber auch diese mußten sich infolge des Regens wochenlang damit abmühen, um das Heu auch nur einigermaßen trocken hereinzubekommen. Der Aufwand an Arbeit, der auf einige Fuder Heu verwandt werden mußte, war ein ungeheurer. Wochenlang steht das Hochwasser und es ist auch jetzt noch nicht abzusehen, wann es verschwinden wird. Eins aber steht mit Sicherheit fest, **die Heuernte ist vollständig vernichtet. Nichts ist davon mehr zu retten.** Der sich von dem Hochwasser absetzende Schlamm überzieht den hohen Graswuchs vollständig mit einer Kruste, und es wird unmenschlicher Arbeit bedürfen, den verschlammten und verfilzten Graswuchs zu beseitigen, um die Wiesen für die Grummeternte frei zu machen.

Ohnmächtig stehen die Landwirte diesen Naturgewalten gegenüber. Der einzelne ist machtlos. Nur mit Hilfe des Staates, der Provinzen, Kreise und Kommunen kann es noch gelingen, das größte Elend von der Kleinbauernschaft abzuwenden. Rasche Hilfe tut hier not, um zu verhindern, daß Tausende von kleinen Existenzen vernichtet werden. Durch die Vernichtung der Grummeternte im vorigen Jahre war der Futterbestand bei den größten Teil namentlich der kleineren Landwirte vollständig aufgebraucht. Voller Hoffnung schauten sie jetzt auf die guten Ertrag versprechende Heuernte. Infolge des guten Grasstandes wurden auch die Pachten recht bedenklich hochgeschraubt. 200 Mark Pacht pro Morgen war keine Seltenheit. Und nun —

die Ernte vernichtet, die Pacht muß bezahlt werden und in die leeren Scheunen kann kein Halm gebogen werden.

Alles ist vernichtet, sogar die Hoffnung. Hunderte, Tausende von Mark müssen für die Pacht aufgebracht werden. Nichts ist vorhanden, womit der kleine Landwirt seinen Ausfall ausgleichen kann.

In ihrer Verzweiflung und um dem hungrigen, brüllenden Vieh in den Ställen den Magen zu füllen, gehen einzelne kleine Landwirte dazu über, das **Getreide abzuschneiden und zu verfüttern.** Auch hiervon ist ein großer Teil durch Stauwasser schon vernichtet, so daß sich ein weiterer Ausfall bis zur nächsten Ernte katastrophal für die Kleinbauernschaft auswirken müßte.

Schleunigste Beschaffung von Futtermitteln für die Kleinbauern ist das dringendste Bedürfnis.

Durch Ueberangebot von Vieh infolge Futtermangels sind die **Viehpreise arg gesunken.** Gewissenlose Viehhändler nutzen die Notlage der durch das Hochwasser in arge Bedrängnis geratenen Landwirte auf schamlose Art und Weise aus. Auch hier ist es Aufgabe der Behörden, ganz energisch einzugreifen. **Sein verhindert werden soll, da kein großer Teil Kleinbauern vernichtet wird, dann muß geholfen werden, und zwar schnell.**

In Erkenntnis dessen haben die Fraktionen der Kommunisten im Reichstag und im Landtag Dringlichkeitsanträge eingebracht, um die in äußerste Not geratenen Kleinbauern vor dem Bankrott zu schützen. Auch die KPD.-Fraktion des Kreistages des Landkreises Wittenberg hat einen solchen Dringlichkeitsantrag eingebracht. (Siehe nachstehend. D. Red.) An den Kleinbauern des Landkreises Wittenberg liegt es nun, diesen Druck zu verstärken, damit **schnelle und ausreichende Hilfe** gebracht werden kann.

Wir fordern für die vom Hochwasser geschädigten Kleinbauern:

1. **Sofortige Bereitstellung und kostenlose Verteilung von Futtermitteln, um das Verfüttern von Getreide zu verhüten.**
2. **Stundung sämtlicher Steuern für die Geschädigten.**
3. **Revidierung sämtlicher Pachtverträge unter Mitwirkung von Kommissionen der durch das Hochwasser Geschädigten.**
4. **Strengste Ueberwachung und empfindliche Bestrafung derjenigen Viehhändler, die die Notlage der durch das Hochwasser in Not geratenen Landwirte auszunutzen versuchen.**
5. **Finanzielle Unterstützung der Geschädigten.**

Kommunisten fordern sofortige Einberufung des Wittenberger Kreistags

Dringlichkeitsantrag zur Unterstützung der Hochwasser-Geschädigten

Die kommunistische Fraktion des Wittenberger Kreistags hat an den Vorsitzenden des Kreisausschusses, Landrat v. Trebra, folgenden Dringlichkeitsantrag gerichtet:

Infolge des Hochwassers der Elbe ist die Heuernte auf den Elbwiesen im Kreise Wittenberg vollständig vernichtet. Außerdem ist ein großer Teil bebauten Ackerlandes durch Stauwasser überschwemmt, so daß auch hier die Ernte vernichtet ist. Da hierdurch die kleinbäuerlichen Existenzen am schwersten betroffen wurden und die Gefahr besteht, daß bei dem herrschenden Futtermangel Getreide zu Futterzwecken verwendet wird, beantragen die Unterzeichneten die sofortige Einberufung des Kreistages unter Behandlung folgender Tagesordnung:

Bewilligung von Mitteln für die Hochwasserschäden unter besonderer Berücksichtigung der in Not geratenen kleineren Existenzen, einschließlich schleuniger Beschaffung von Futtermitteln.

Hilfe den Hochwasser-Geschädigten!

Wo bleibt der Provinziallandtag?

Wie der „Merseburger Korrespondent" meldet, haben sich am Mittwoch Oberpräsident Hörsing und sein Stellvertreter Hausmann in das Ueberschwemmungsgebiet der Elbe begeben, um die Schäden zu besichtigen. Es verlautet, daß auf Grund dieser Reise Hörsing eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet habe, **eine Hilfsaktion für die Provinz Sachsen** in die Wege zu leiten.

Der Landrat für den **Kreis Liebenwerda** erläßt im Kreisblatt einen **Aufruf zur Hilfeleistung,** der aber ganz ungenügend ist. Es handelt sich da nur darum, daß das Jungvieh der Hochwasser-Geschädigten in Pension gegeben und daß verbilligtes Futter abgegeben werden soll. Um den Geschädigten wirksam helfen zu können, müssen andere Mittel in Anwendung kommen. Wenn nicht sofort in finanzieller Beziehung ausreichend unterstützt wird, wird die Notlage der Betroffenen täglich größer. Die kleinen Landwirte haben keine Mittel, sich auch nur das Allernötigste zu kaufen. Sie sind ebenso schlimm daran wie die Arbeiter. Das Reich könnte gewiß helfen, aber erfahrungsgemäß reitet der Amtsschimmel immer recht langsam.

Ob und wann der **Provinziallandtag** zusammentritt, darüber verlautet noch nichts. Auch hier geht alles einen gemächlichen Gang. Solange das Hochwasser diesen Herrschaften selbst nicht bis an den Hals steht, haben sie keine besondere Eile. Das „Weißenfelser Tageblatt" bringt zwar eine Notiz, in der es heißt: „Der Provinziallandtag wird baldigst zusammentreten, um über die Bewilligung einer größeren Summe zur Durchführung der Notstandsaktion für die Ueberschwemmungsgebiete sowie über die Richtlinien, nach denen die Verteilung der Mittel erfolgen soll, Beschluß zu fassen." Aber das scheint nichts Authentisches zu sein und ist nur geschrieben auf Grund des kommunistischen Antrages auf sofortige Einberufung des Provinziallandtags. Soviel uns bekannt, ist noch nicht einmal eine Sitzung des **Provinzialausschusses** angesetzt.

Angesichts der großen Notlage in den Hochwassergebieten muß **beschleunigte Hilfe für die Geschädigten** gefordert werden. Die Kommunisten sind bis jetzt die einzigen, die sich für die vom Hochwasser Betroffenen eingesetzt haben.

•

Technische Nothilfe — 10 Mk. pro Tag!

Wir haben an Hand bürgerlicher Pressemeldungen bereits darauf hingewiesen, daß bei den Hochwasserarbeiten auch die Technische Nothilfe eingesetzt worden ist.

Jetzt wird bekannt, daß von diesen Leuten, jeder einzelne **pro Tag 10 Mark Entschädigung** bekommt. Arbeitslose, die sich im Kreise Liebenwerda zu den Arbeiten meldeten, um einige Pfennige zu ihrer Hungerunterstützung zu verdienen, **wurden vom Landrat abgewiesen,** da er für die Arbeitslosen kein Geld habe!

Das ist so unerhört, daß darüber noch an anderer Stelle ein ernsthaftes Wort gesprochen werden wird. Für die Technische Nothilfe, diese Streikbrecher-Organisation, ist Geld in Hülle und Fülle da, arbeitswillige Erwerbslose werden abgewiesen. Es wird immer „schöner" in „unserem lieben Vaterlande"! Arbeiter, wollt Ihr Euch solche Zustände noch länger gefallen lassen?

Panzerkreuzer Potemkin: der Film, den ein jeder gesehen haben muß. Arbeiter und Arbeiterinnen, besucht zahlreich die Nachmittag-Vorstellungen!

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Ein englischer Arbeiterroman von Robert Tressal

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7

„Nun, wann werden sie denn fertig sein? Heute ist Montag, sagen wir Mittwoch früh?"

Owen zögerte.

„Wir wollen ihn nicht so lange warten lassen, verstehst Du, es gibt er den Gedanken ganz auf."

„Dann wollen wir Freitag früh festsetzen", sagte Owen, der im Allen beschloß, im Notfall eine ganze Nacht durchzuarbeiten.

Hurtig schüttelte den Kopf.

„Ich kann sie in meiner Freizeit nicht rascher machen", sagte er erröend. „Wenn ich morgen zu Hause bleiben könnte und Zeit trotzdem aufschreibe, dann könnte ich Mittwoch zu meiner Gewerkschaftlichen gehen und Ihnen Donnerstag früh die Zeichnungen geben."

„Alright, machen wir es so", stimmte Hurtig hastig zu. „Aber bestimmt, schreib nicht zuviel auf, sonst müssen wir den Kostenanschlag zu hoch machen und er läßt den Gedanken fallen. Gute Nacht."

„Die Photographie kann ich wohl mitnehmen?"

„Gewiß", sagte Hurtig und machte sich wieder an das Studium der Briefe.

Owen nachdem seine Frau und Frankie schon schliefen, arbeitete noch im Wohnzimmer. Er suchte alte Nummern der Dekorations-Zeitung heraus, blätterte alte Illustrationen durch nach Bildern von maurischem Stil und machte einige Bleistiftskizzen.

Er versuchte noch nicht, etwas fertig zu machen, sondern machte einen allgemeinen Plan, und als er schließlich ins Bett ging, konnte er lange nicht schlafen. Er glaubte fast, im Salon der „Elle" zu sein. Zuerst mußte man die häßliche Gipsblume in der Mitte herunternehmen. Nachdem dann die Wände und Decke gründlich vorbereitet waren, konnte man an die Verzierung gehen. Er mußte die Wände in Felder und Bogen einteilen mit kleinem Kreis- und Gitterwerk. Der Fries an Tür und Fenstern mußte Gold oder einer anderen Farbe gehalten sein, damit sie zum Ganzen paßten.

Sorgfältig überdachte er die ganze Arbeit, eins nach dem andern, wie sich entwickeln und schließlich war das ganze Zimmer verändert und verschönt. Und dann, mitten in der Freude, diesen Plan ausdenken zu können, kam die Furcht wieder, daß sie die Arbeit überhaupt nicht machen lassen würden.

Die Frage, welchen persönlichen Vorteil er von dem Ganzen haben würde, kam Owen gar nicht in den Sinn. Er sehnte sich, die Arbeit zu machen, er war so ganz erfüllt von Plänen, wie man es wohl machen könnte, daß die Frage des Profits ganz verdrängt wurde.

Andererseits war die Frage des Profits der einzige Teil der Arbeit, der seinen Arbeitgeber überhaupt interessierte.

Es war eine gute Illustration des oft gebrauchten Satzes: „Die Arbeiter schaffen mit den Händen, die Herren mit dem Gehirn."

10. Kapitel

Die oberen und die unteren Mühlsteine

Am Donnerstag blieb Owen bis nach dem Frühstück zu Hause, um die Entwürfe fertig zu machen, die er für diesen Morgen versprochen hatte.

Als er sie um 9 Uhr ins Bureau brachte, mußte er noch eine halbe Stunde warten, ehe Hurtig in Erscheinung trat, denn wie viele andere „die mit dem Gehirn" arbeiten, brauchte er einen Teil mehr Ruhe, als jene, die nur körperliche Arbeit verrichten.

„Ach, Du hast wohl die Entwürfe gebracht", sagte er mürrisch beim Hereinkommen. „Du hättest eigentlich nicht zu warten brauchen, du hättest sie hierlassen und zur Arbeit gehen sollen."

Er nahm Platz und sah achtlos auf die Arbeit. Es war eine große Bleistiftskizze, die zur Hälfte farbig ausgeführt war.

„Das ist für die Decke", sagte Owen, ich hatte nicht die Zeit es ganz farbig auszuführen."

Mit gelpielter Gleichgültigkeit legte Hurtig die Zeichnung hin und nahm die andere, die Owen ihm reichte.

„Das hier ist für die große Wand. Derselbe Entwurf gilt für die anderen Wände; und das gilt für die Tür und die Felder unter den Fenstern.

Hurtig äußerte keinerlei Meinung über den Wert der Zeichnung. Er sah sie nacheinander oberflächlich an, legte sie hin und fragte: „Wie lange würde die Arbeit dauern, vorausgesetzt, daß wir sie kriegen?"

„Ungefähr drei Wochen", so zirka 150 Arbeitsstunden, d. h. für die Malerei allein. Zuerst müßten die Wände und die Decke gestrichen werden, sie würden dreimaligen Anstrich brauchen."

Hurtig kritzelte eine Notiz auf ein Stück Papier. „Gut", sagte er nach einer Pause, Du kannst das hier lassen. Ich werde mit Mister Schwitzer darüber sprechen, und wenn er zusagt, laß ich es Dich wissen."

Er legte die Zeichnungen beiseite, mit der Miene eines Mannes, der wichtigere Dinge vor hat und öffnete einen der auf seinem Pult liegenden Briefe. Es sollte ein Wink sein, daß die Audienz zu Ende sei. Owen verstand, aber er entfernte sich nicht, denn es waren noch einige Dinge zu erwähnen, die Hurtig zur Durchführung der Arbeit bewilligen mußte.

„Natürlich würde ich einige Hilfe brauchen", sagte er, „gelegentlich müßte mir einer der Leute helfen, und der Junge die meiste Zeit. Außerdem das Blattgold — zirka fünfzehn Bücher."

„Kann man nicht Goldfarbe nehmen?"

„Leider nicht."

„Ist sonst noch was?" fragte Hurtig, als er das notiert hatte.

„Das ist wohl alles, abgesehen von ein paar Bogen Kartonpapier für Schablonen. Farbe für die Dekoration wird man nur wenig brauchen."

Sobald Owen gegangen war, nahm Hurtig die Entwürfe und prüfte sie aufmerksam. „Sie sind gut", murmelte er. „Sie würden überall gut genug sein. Wenn er es ebenso macht, wie hier auf dem Entwurf, so könnte es keiner in der Stadt besser machen."

„Wollen mal sehen", fuhr er fort. „Er sagte drei Wochen, aber es ist ihm um die Arbeit zu tun, daß er wahrscheinlich die Zeit unterschätzt hat, sagen wir also vier Wochen, das sind 200 Stunden. 200 Stunden zu 8 Pence, wieviel ist das? Außerdem noch einen Hilfsmaler für die halbe Zeit. 100 Stunden zu 6½ Pence."

Er nahm eine Rechenmaschine zu Hilfe.

Arbeitszeit 9 Pfund Sterling, 7 sh, 6 d, Materialien — 15 Bücher Blattgold zu zirka 1 Pfund Sterling, Kartonpapier und Farben — höchstens 1 Pfund Sterling, Lehrling? der kriegt noch keinen Lohn, brauchen wir also nicht aufzuschreiben. Dann die Vorbearbeitung des Zimmers, dreimal weiß streichen. Wenn doch Jäger da wäre, um mir zu sagen was das kostet."

Wie zur Erfüllung dieses Wunsches kam Nimrod eben ins Bureau. Zur Antwort auf Hurtigs Frage sagte er, daß das Streichen ungefähr 3 Pfund Sterling, 5 sh an Zeit und Material kosten würde. Dann berechneten die beiden Kopfarbeiter, daß mit 15 Pfund Sterling die gesamte Arbeit bezahlt wäre, das Streichen und die Dekorationsmalerei.

„Well, dann können wir Schwitzer ungefähr 45 Pfund Sterling in Rechnung stellen", sagte Hurtig. „Es ist keine alltägliche Arbeit, und wenn er sich jemand von London kommen läßt, so kostets das Doppelte, wenn nicht mehr."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260628-11/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Ein Bild aus dem bürgerlichen Sumpf

Freudenfeuer! Hipp, Hipp, Hurra!

Am Sonnabend zählte der **Jugendausschuß im Verband Mitteldeutscher Ballspielvereine** die Häupter seiner Lieben, und siehe da, **es waren höchstens 107! Jugendliche natürlich!** Zuschauer hatten sich ebenfalls eingefunden. Auf den Anmarschstraßen begegnete man bereits einer rauchenden Jugend, an Schildern ihre Firma verratend. Die Borussia-Jugend verkündete singend, daß ein Borussia-Spieler einem Mädchen die Ehre genommen hatte. Eine Knabenmannschaft wußte ebenfalls schon von „lustigen Fußballmädels" zu singen. Ich selber danke für eine in diesem Geiste erzogene Jugend. Aber manches Elternherz freute sich ob dieser „geistreichen" Lieder.

Am Krähenberg angelangt, trug ein Gesangverein ein „schööönes" Lied vor vom „Sterben für Freiheit und Ehre". Endlich wurde der in der bürgerlichen Presse mit soviel Tamtam aufgezogene Holzhaufen angezündet und mit etwas Stroh qualmend entfacht. Böse Zungen, „teutsche Turner", welche unter den Schaulustigen anwesend waren, behaupteten zwar, es wäre der Inhalt einer am Krähenberg abgelagerten Seegrasmatratze. Eine krähende Stimme hielt vom Berge herab ein inhaltlose Rede, in der betont wurde, daß der VMBV. nun 25 Jahre bestehe. Die verdutzt dreinschauende Schar harrte nun weiter der Dinge, um zu erfahren, warum sie überhaupt erschienen war. Bis der Redner verkündete: „Jungens, geht langsam zu Hause und spielt morgen um den DFB.-Wimpel." Das kleine Häuflein verkrümelte sich in alle Winde, um dem Feuerwerk im „Zoo" zuzusehen, um wenigstens noch einen Genuß von dem verpfuschten Abend zu haben.

Arbeitereltern und Jugendliche! Heraus aus dem bürgerlichen Sumpf, hinein in die Arbeitersportvereine, wo die Jugend zu Menschen, zu wahren Klassenkämpfern erzogen wird, die gewillt sind, eine andere Gesellschaftsordnung aufzubauen. Denn so schnell wie der Holzhaufen am Krähenberg zusammenrutschte, wird auch die bürgerliche Sportbewegung zusammenbrechen! Heini.

Werksport und gelbe Gewerkschaften

Das Unternehmertum betreibt mit dem größten Eifer die Schaffung von Werksportvereinen. So bestehen z. B. in Hamburg-Altona in folgenden Betrieben und Firmen Werksportvereine:

Reichsbahn und Hochbahn Hamburg, Hamburger Elektrizitätswerke, Hamburger Gaswerke, Eisenbahn Altona, Feuerwehr Altona, Magistrat Altona, Gas- und Wasserwerke Altona. In den Vereinigungen Remstma-Barenfeld, Röchlin, A. L. Moor-Altona, Albinia-Versicherung, Deutsche Bank, Hugo Stinnes-Kaibetrieb darf kein freigewerkschaftlich Organisierter als Mitglied aufgenommen werden. Ganz neu ist, daß auch die **Allgemeine Ortskrankenkasse Hamburg** und die **Großeinkaufsgenossenschaft der Konsumvereine Deutschlands Werksportvereine gegündet** haben. Das Organ der Werks- und Behörden-Sportvereine SGH. (d. h. Sportverband der Geschäftsmannschaften Hamburgs) brachte letzthin einen Aufruf, in dem die Mitglieder der Werk-Sportvereine aufgefordert werden, einen Vortrag des Reichstagabgeordneten der Deutschen Volkspartei, Otto Thiel, des bekannten Führers des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes, zu besuchen. Thiel hat vor kurzem über **„Politische Notwendigkeiten"** gesprochen. Das Unternehmertum vermittelt für die Werksportvereine Schiedsrichter aus bürgerlichen Vereinen und betreibt durch die Schaffung einer eigenen Presse für die Werksportler die notwendige arbeitsgemeinschaftliche und nationalistische Beeinflussung.

Die Arbeiter müssen diese gelbe Gefahr erkennen, um mit Hilfe der Gewerkschaften einen entschiedenen Kampf dagegen zu führen und die Mitglieder für die Arbeitersportvereine zu gewinnen. Die Arbeitersportler müssen viel aktiver als bisher in den Betrieben selbst auf den Plan treten und dafür sorgen, daß kein einziger Arbeiter der bürgerlichen Beeinflussung durch die Werksportvereine ausgeliefert wird, und wo bereits solche bestehen, dafür eintreten, daß sie sich den Arbeitersportverbänden anschließen. Bei der Hamburger Krankenkasse und GEG. ist zum ersten die Frage akut, um mit Ernst und Erfolg dafür zu arbeiten.

Sportfest auf dem Stadion

Der HAC. Sportlust beging gestern auf dem hiesigen Stadion sein erstes Sportfest. Umrahmt war dasselbe von Leichtathletik, Handball- und Fußballspiel. Die Beteiligung der leichtathletischen Wettkämpfe war als gut zu bezeichnen, nur ließ der Zuschauerbesuch zu wünschen übrig.

Folgende Resultate wurden dabei erzielt:

100 Meter, Sportler: 1. Otto (Adler, Halle) 12,1 Sek.; 2. Mittmeier (Holzweißig) 12,2 Sek.; 3. Ronneburg (Adler, Halle).

100 Meter, Jugend: 1. W. Gröber (Adler, Halle) 13 Sek.; 2. K. Volkmann (Oberröblingen) 13,2 Sek.

100 Meter, Sportlerinnen: 1. Helene Sieb (Sportlust) 15,2 Sek.; 2. Maria Rehnert (Sportlust) 15,3 Sek.

600 Meter, Sportler: 1. Hennicke (Adler, Halle) 57,2 Sek.; 2. Brömme (Sportlust).

1500-Meter-Lauf: 1. A. Schlegel (Adler) 4,46 Min., diese Zeit ist der Bundesrekord; 2. K. Dietrich (Sportlust); 3. A. Riemann (Sportlust).

5000-Meter-Lauf: 1. Mollhöff (Sportlust) 17,56 Min.; 2. K. Ehrhardt (Lettin).

500 Meter, Jugend: 1. Bandermann (ASC.) 2,28 Min.; 2. Volkmann (Oberröblingen).

Weitsprung Jugend: 1. Volkmann (Oberröblingen) 5,25 Meter; 2. E. Volkmann (Oberröblingen).

Weitsprung Sportler: 1. K. Otto (Adler) 5,60 Meter; 2. H. Schuhmacher (Oldenburg) 5,45 Meter.

Kugelstoßen Sportler: 1. Schuhmacher (Oldenburg) 9,20 Meter; 2. Stoye (Achilles) 9,00 Meter; Kretzschmann (Achilles) warf außer Konkurrenz 9,40 Meter.

Diskus Sportler: 1. Schuhmacher (Oldenburg) 27,53 Meter; 2. Kretzschmann (Achilles).

100-Meter-Lauf für Sportler über 30 Jahre: 1. Koch (Sportlust) 13,1 Sek.; 2. Kretzschmann (Achilles) 15,1 Sek.

Hochsprung Jugend: 1. W. Gröber (Adler) 1,45 Meter; 2. K. Volkmann (Oberröblingen) 1,45 Meter.

Weitsprung Sportlerinnen: 1. L. Sieb (Sportlust); 2. L. Sonneberg (Sportlust).

Hochsprung Sportlerinnen: 1. J. Freier (Sportlust); 2. K. Dietrich (Sportlust).

Kugelstoßen Sportlerinnen: 1. Stummer (Achilles); 2. L. Sieb (Sportlust).

4×100-Meter-Stafette für Sportler: 1. Adler Halle 48 Sek.; 2. Sportlust 51 Sek.

4×100-Meter-Stafette für Sportler über 30 Jahre: 1. Passendorf.

4×100-Meter-Stafette für Jugend: 1. Adler 54,2 Sek.; 2. Passendorf.

4×100-Meter-Stafette für Sportlerinnen: 1. Sportlust 1 Min.; 2. Achilles.

Dreikampf für Sportler: 1. Lönnecker (Adler) 236 Punkte; 2. Schuhmacher (Oldenburg) 224 Punkte; 3. K. Otto (Adler) 224 Punkte; 4. E. Meinhardt (Sportlust) 209 Punkte.

Dreikampf für Jugend: 1. K. Volkmann (Oberröblingen) 358 Punkte; 2. W. Gröber (Adler) 351 Punkte; 3. O. Müller (Sportlust) 334 Punkte; 4. K. Höfer (Fichte Halle) 324 Punkte.

Fußball

Fichte 1. — Minerva 1. 1:1 (0:0)

Auf dem Fichte-Sportplatz entwickelte sich unter Leitung von Harre (ASC.) ein harter Kampf. Auf und ab wogte der Kampf. Zeitweise hatte Minerva mehr vom Spiel. Gute Arbeit zeigten der Tormann von Fichte und die beiden Verteidiger von Minerva. Nach Halbzeit dasselbe Bild, nur wurde der Kampf schärfer, es ging bis an die Grenze des Erlaubten. Durch den H.-R. Fichtes fiel nach gutem Durchspiel das erste Tor. Der Schiedsrichter war gezwungen, drei Spieler von Minerva und einen Spieler von Fichte herauszustellen. Kurz vor Schluß wurde ein vom Tormann abgewehrter Ball eingedrückt. Unverständlich war bei diesem Spiel die harte Spielweise, das muß in Zukunft unterbleiben.

Sportbrüder 1. — Giebichenstein 1. 1:0 (0:0)

Nach wechselvollem Spiel war Sportbrüder der Glücklichere und konnte eine halbe Stunde vor Schluß durch den Mittelstürmer den Sieg an sich reißen.

Sportbrüder 1. — VfL. Lettin 1. 1:3 (0:1)

Nach gegenseitigen Torbesuchen konnte Lettin infolge technisch besseren Spieles drei Tore erzielen. Kurz vor Schluß kann Sportbrüder den Ehrentreffer buchen. Schiedsrichter Pezold (Fichte) leitete einwandfrei.

Zu den Bundestagen der Arbeiter-Sportverbände

In diesem Jahre haben fünf Arbeiter-Sportverbände ihre Bundestage. Der **Arbeiter-Turn- und Sportbund** hält seine Tagung am 25., 26. und 27. Juli in Hamburg ab. Der **Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität"** wird seinen Bundestag vom 17. bis 20 Juli in Karlsruhe abhalten. Der **Arbeiter-Athletenbund** hat zum 1. August seinen Bundestag nach Berlin einberufen. Am 15. August soll die Bundestagung des **Arbeiter-Schützenbundes** in Erfurt eröffnet werden. Den Reigen eröffnete bereits der deutsche **Arbeiter-Schachbund,** dessen Ostertagung in Jena einen Sieg des Einheitsgedankens brachte.

Diese Tagungen finden in einer Zeit statt, in der die Reaktion weiter brutal vorstößt, das Unternehmertum rücksichtslos zum Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung übergeht und systematisch Werksgemeinschaften und Werksportvereine geschaffen werden, mit Unterstützung von Unternehmergeldern. Die monarchistische Konterrevolution will die 3-Milliarden-Beute den Fürsten sichern und hat dabei die Unterstützung der Reichsregierung. Letztere hat das Glück, in allen entscheidenden Situationen von der Sozialdemokratie gestützt zu werden. Die bürgerlichen Sportvereine werden immer mehr das Reservoir der faschistischen Verbände. Die „Deutsche Turnerschaft" mit ihrer völkischen Führung steht dabei an der Spitze. Die **deutschen Kampfspiele 1926 in Köln** werden unter dem Protektorat Hindenburgs zu einer großen **nationalistischen Kundgebung** gemacht werden. In den letzten Monaten hat das Reichswehrministerium **die Arbeiter-Sportverbände für „politisch erklärt."** Die bayrische Regierung und ihre **Behörden,** wetteifern im Kampfe gegen die Arbeiter-Sportvereine und haben bereits für diese Vereine ein **Verbot des Kinderturnens** erlassen. Die deutsche Regierung begünstigt die bürgerlichen Sportvereine bei allen Gelegenheiten; für sie werden im reichlichen Maße Gelder zur Verfügung gestellt, während die Arbeiter-Sportvereine nur zu einem Bruchteil Unterstützung erhalten. Am deutlichsten kommt das in dem Millionen-Zuschuß für das Sportforum und der Ablehnung der Mittel für die Bundesschule zum Ausdruck.

Angesichts dieser ernsten Situation, wo die kapitalistische Regierung ihren Klassencharakter immer offener und zynischer zum Ausdruck bringt, und immer eindeutiger gegen die Arbeiter-Sportvereine Stellung nimmt, gibt es nur einen Ausweg zur Erhaltung und zur Rettung der Arbeiter-Sportbewegung, wie der Arbeiterklasse überhaupt.

Eine breite, mächtige Einheitsfront der Arbeiter-Sportler mit dem klassenbewußten revolutionären Proletariat kann allein die politischen und ökonomischen Angriffe der Bourgeoisie auf die Arbeiter abwehren.

Gerade in der Zeit schärfster Reaktion im Frühjahr 1924, als Seeckt in Deutschland triumphierte, die Kommunistische Partei und ihre Presse unterdrückte, haben die Arbeiter-Sportinstanzen fast ausnahmslos den Kampf gegen die Opposition geführt und, um den Schlägen der Monarchisten auszuweichen, die Taktik der Entpolitisierung der Arbeiter-Sportbewegung eingeschlagen. In diese Situation fällt auch der Beschluß des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, mit dem **Roten Frontkämpfer-Bund** und dem **Reichsbanner** keine gemeinsamen Veranstaltungen zu treffen, und der ferner auch das kooperative Beitreten zur **„Internationalen Arbeiter-Hilfe", der Roten Hilfe** und der Arbeiter-Wohlfahrt verbot. Die wieder erwachende und mächtig anwachsende Opposition vermochte durchzusetzen, daß dieser Beschluß heute in der Praxis auf breiter Front durchbrochen ist. Allerdings versuchen die reformistischen Führer mit dem Reichsbanner gemeinsame Sache zu machen, und die Zeitschriften der Arbeiter-Sportverbände stehen noch immer im Dienste der Feindschaft gegen den RFB., die Internationale Arbeiter-Hilfe und der Roten Hilfe.

In der **Schaffung der internationalen Einheit,** der Vereinigung der Luzerner Sport-Internationale mit der Roten Sport-Internationale haben die deutschen Sportführer auf dem Pariser Kongreß der LSI. mit verhindert, daß die Pariser Tagung zu keiner gemeinsamen Verhandlung und Beratung mit der RSI. gekommen ist. Sieben Monate nach dem Pariser Kongreß haben die reformistischen Führer der deutschen Arbeiter-Sportverbände nichts getan, um die eigenen Beschlüsse zu realisieren. Hunderte von Anträgen liegen bei den Bundesvorständen, die gemeinsame Wettkämpfe mit den russischen Arbeiter-Sportlern verlangen. Die Bundesvorstände, mit Ausnahme des Arbeiter-Schachbundes und der Arbeiter-Athletenbund haben einen ernsten Schritt zur Ermöglichung dieser deutsch-russischen Sport-Wettkämpfe unternommen.

Auch die, durch die **Ausschlußpolitik der reformistischen Führer** provozierten Spaltungen im **T.-V. „Die Naturfreunde"** ist nicht wieder gut gemacht. Auch die Einheit bei den **Samaritern** ist nicht wieder hergestellt. Der **Arbeiter-Radfahrerbund** betreibt nicht ernsthaft die Vereinigung mit den noch bestehenden Vereinen des Radfahrerbundes „Freiheit". Wohl vermochte der Druck der Arbeitersportmassen, daß die Zentralkommission im Dezember Einigungsverhandlungen mit den Naturfreunden und Samaritern anbahnte, diese aber scheiterten an dem Willen der reformistischen Leitung der Naturfreunde (Wien), wie auch im Arbeiter-Samariterbund und blieben ein Manöver, um die Zersplitterung weiter zu erhalten.

Die Bundestage der Arbeitersport-Organisationen haben die Aufgabe, einen weiteren Schritt in der **Herstellung der Einheit** zu unternehmen, die

Herstellung sportlicher Verbindungen mit der Sowjetunion

zu sichern, den feindseligen Beschluß gegen den RFB. aufzuheben und der Mitgliedschaft freizustellen, die Bestrebungen der Internationalen Arbeiter-Hilfe und der Roten Hilfe zu unterstützen, ohne dabei mit den Bestimmungen des Bundes in Widerspruch zu geraten. Die Tagungen der Arbeitersport-Verbände müssen ein klares eindeutiges Bekenntnis dafür ablegen, daß ihre Organisationen den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie als das entscheidenste Mittel betrachten, um die Bourgeoisie niederzuwerfen, die politische Macht der Arbeiterklasse zu erobern, um dadurch den Weg frei zu machen, für den sozialistischen Aufbau.

Um die

Kampfstellung gegen die bürgerlichen Sportverbände

zu unterstreichen, müssen die Vertreter der Arbeitersport-Verbände von der „Deutschen Hochschule für Leibesübungen" zurückgezogen werden. Auf den Tagungen der verschiedenen Verbände muß die Frage des Zusammenschlusses aller Sportler in einem einheitlichen Arbeitersport-Verband aufgerollt werden. In den Rahmen einer zentralen Organisation gehören alle Sparten und müssen in ihr genügend Bewegungsfreiheit für ihre Entwicklung haben.

Die Schaffung einer mächtigen Arbeitersport-Organisation wird die Gewähr geben für einen einheitlichen, erfolgreichen Kampf gegen die bürgerlichen Verbände.

Gegen die Reaktion und den Faschismus,
für die rote Klassenfront,
für die internationale Einheit der Arbeitersport-Organisationen,

das müssen die Losungen der Bundestage der Arbeitersport-Verbände sein.

Wörmlitz — Fußballklub Sorbau 1. 1:1

Auch hier entwickelte sich ein lebhaftes Spiel. Die Gäste hatten anfangs mehr vom Spiel, trotzdem fand sich W. bald zusammen. Trotzdem die linke Seite sich nicht so recht entwickelte, konnte das Spiel bis zum Schluß gut durchgeführt werden.

Askania 1. konnte Wörmlitz 1. auf eigenem Platze mit 3:0 abfertigen. Das Spiel bot recht interessante Momente.

Sportlust 1. — Holzweißig 1. 7:1.
ASC. 1. — Gröbers 1. 2:2.
Diemitz 1. — Bruckdorf 1. 5:0 (3:0).

Fichte 2. — Minerva 2. 4:2

Die technisch bessere Mannschaft konnte hier einen Sieg feiern. Fichtes Hintermannschaft arbeitete einwandfrei, der Sturm war durch Ersatz geschwächt.

Sportlust 2. — Holzweißig 2. 0:1.
ASC. 2. — Viktoria 2. 1:4.
Diemitz 2. — Bruckdorf 2. 2:1.
Brachstedt 1. — Cröllwitz 2. 3:1.

Fichte 3. — Minerva 3. 6:3 (5:1)

Minerva kam in der ersten Halbzeit zu billigen Erfolgen. Minerva war auf allen Posten gut besetzt. Fichte merkte man an, daß erst Zusammenspiel gepflegt werden muß.

Brachstedt 2. — Cröllwitz 3. 2:4.

Fichte 1. Jugend — Minerva 1. Jugend 3:1.
Sportlust 1. Jugend — Holzweißig 1. Jugend 0:3.
Diemitz Jugend — Viktoria Jugend 2:3.
Askania Jugend — Wörmlitz Jugend 2:0.
Fichte 2. Jugend — Wörmlitz 2. Jugend 4:0.

Bericht von der Schiedsrichter- und Protestsitzung in Bitterfeld

Als erster Protest wurde Holzweißig und Wolfen verhandelt. Obwohl der Schiedsrichter Gabriel nicht erschienen war, wurde der Protest doch verhandelt. Das Spiel wird wiederholt. Tag und Zeit wird noch bekanntgegeben. Als zweiter Protest war Wolfen — Greppin. Das Spiel besteht zu Recht, da die Gründe von Wolfen nicht stichhaltig genug erschienen. Das Anfordern von Schiedsrichtern aus dem 3. Bezirk wurde Kl.-Wittenberg untersagt. Um Irrtümer und Unannehmlichkeiten zu verhüten, wurden nochmals die Schiedsrichterspesen beschlossen, welche den Vereinsleitungen von mir zugesandt werden. Folgende Genossen werden wegen Fehlens zur Sitzung mit 2 Mark bestraft: Meier, Müller, Gabriel, Stoye, Max Richter, Paul Richter, Siebert. Falls die Strafen bis 10. Juli nicht bezahlt sind, erfolgt Disqualifikation. Ferner mache ich bekannt, daß am 10. Juli, abends 8 Uhr, unsere Schiedsrichter-Vollsitzung im Bitterfelder „Gesellschaftshaus" stattfindet. Unentschuldigtes Fernbleiben zieht laut Beschluß den Ausschluß aus der Schiedsrichtervereinigung nach sich. Schiedsrichterkarten sind mitzubringen.

Hugo Liesche, Schiedsrichter-Obmann.

Handball

Wörmlitz 1. — ABB. Cröllwitz 11:2

Man merkt sofort beim Anspielen, daß W. eine längere Spielerfahrung hat. Trotzdem spielte Cröllwitz aufopfernd, kann aber bei der gut arbeitenden Hintermannschaft nicht so recht aufkommen.

Wörmlitz 1. — Wittenberg 1. 11:4

Am Nachmittag hatte W. obige Mannschaft als Gäste. Selbige fanden sich gut zusammen. W. im Sturm ausgezeichnet, man sah keinen schwachen Punkt in der Mannschaft. Immer wieder versuchen die Gäste, durch gute Kombination den Sturm von W. zu umspielen. Durch gutes Stellungsspiel werden alle Angriffe unterbunden. Bei den Gästen fehlten die Torschützen. Bei W. dagegen zeigte das Innentrio die sichere Torarbeit. Ein Lob verdienten beide Mannschaften durch die ruhige Spielweise. Schiedsrichter einwandfrei.

ASC. 1. — Osmünde 1. 10:0.
ASC. 2. — Fichte 3. 2:2.

Fichte 1. — Leipzig-Ostvorstadt 5:1. Fichte 1. Jgd. — Leipzig-Ostvorstadt 1. Jgd. 2:2. Fichte Sportlerinnen — Cröllwitz Sportlerinnen 1:0.

Wörmlitz Sportlerinnen — Cröllwitz Sportlerinnen 0:0

Durch Umstellung in der W. Mannschaft scheint sich die junge Elf besser zu finden. Wenn auch Cröllwitz technisch die bessere Elf war, so wünschen wir der jungen Elf viel Glück in den kommenden Spielen.

Wörmlitz 1. Sportlerinnen — Giebichenstein 1. Sportlerinnen 0:2.
ASC. 1. Sportlerinnen — Minerva 1. 0:0.

Wörmlitz 1. Schüler — Dölau Schüler 7:0

Auch hier konnten die Schüler obiges Ergebnis erzielen, nur mehr Ruhe soll bei derartigen Spielen herrschen.

Achtung, Spielausschuß!

Verbindlich. Heute, Montag, den 28. Juni, abends ½8 Uhr, wichtige Spielausschußsitzung beim Sportgenossen Mosebach, Freimfelder Straße 9 III. Alles hat zu erscheinen. Die Sportgenossen Jänige (Schwimmer), Smurawski (Achilles), E. Aibig (Fichte) sind ab heute wegen Nichtbezahlens der Schiedsrichterkarten disqualifiziert.

A. Mosebach.

Turner

Turner 3. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe

Unser Gruppenfest rückt immer näher. Leider muß ich feststellen, daß in der letzten Vorturnerstunde verschiedene Vereine nicht vertreten waren. Das zeugt von einer großen Lauheit. In der Mittelstufen-Pferdübung ist ein Fehler; die Richtigstellung kommt im Mitteilungsblatte. In der letzten Vorturnersitzung ist beschlossen worden, die Vorübung zum Feste am 1. August in Lieskau stattfinden zu lassen. Haltet diesen Tag frei! Es ist Pflicht, daß jeder Verein vertreten ist, denn an diesem Tage feiert der Lieskauer Verein sein 40jähriges Stiftungsfest. Unsere letzte Turnstunde findet am 18. Juli statt.

Gruppenturnwart **Kurt Winter,** Canena, Siedlung.

2. Kreis, 6. Bezirk, 5. Gruppe

Sonntag, den 4. Juli, findet in Löbnitz das Sportfest der zusammengeschlossenen Vereine statt. Daselbst werden die Uebungen zu unserem Gruppenturnfest geturnt und die Uebungen hierzu ausgegeben. Es ist unbedingte Pflicht jedes Vereins dort vertreten zu sein. Bundesgenossen und -genossinnen, nur kräftig ans Werk! Diese wenigen Wochen noch ausgenützt zum Aufmarsch und guten Wohlgelingen der Arbeitersportler unseres Turnfestes der 5. Gruppe.

K. Schöne, Teicha, Gruppenvorsitzender.

Spielmannszug der Gruppe Zeitz

Mache darauf aufmerksam, daß die nächste Gruppenübungsstunde am Mittwoch dem 30. Juni, abends ½7 Uhr, im Dianasaal stattfindet. Bei gutem Wetter ist Ausflug geplant. Antritt ½7 Uhr. Pflicht eines jeden ist es, sich daran zu beteiligen.

Der Obmann des TZ.

Gruppen-Turn- und Sportfest am 17. und 18. Juli 1926
1. Gruppe, 8. Bezirk, 2. Kreis

Vereins-, Turn- und Sportwarte! Nur wenige Wochen trennen uns von unserem Gruppenfest in Wolfen. Bis diese Zeilen in Eure Hände gelangen, sollen die Anmeldungen für die Wettkämpfe bereits vollzogen sein. Wo dies noch nicht geschehen ist, holt es sofort nach und beachtet dabei folgendes: Füllt den Meldebogen gewissenhaft aus! Anmeldungen werden nur solange entgegengenommen, als die technischen Vorarbeiten dies zulassen. Sorgt für Massenbeteiligung dadurch, daß ihr in allen Wettkampfklassen Anmeldungen macht. Denn auch im Wettkampf wollen wir mit der Masse wirken.

Ein besonders wichtiger Punkt ist die Anmeldung von Kampfrichtern. Hier muß beachtet werden, daß der harmonische Verlauf der Wettkämpfe von der Qualität der Kampfrichter abhängt. Wer keine Kampfrichter stellt, kann von den Wettkämpfen ausgeschlossen werden. Bestellt Euch beim Bund die neue Wettkampfordnung. Und nun, Genossen, verwendet die wenigen Wochen noch zur Agitation und zum Gelingen unseres 2. Gruppen-Turn- und Sportfestes in Wolfen. Vergeßt aber auch nicht den Besuch unserer Vereinsfeste von Bitterfeld und Muldenstein.

Huth, Gruppenvorsitzender.

Radio

Eisleben. Der Arbeiter-Radio-Klub, Bezirksgruppe Halle, teilt mit: Funkfreunde in Eisleben, die gewillt sind, dem Arbeiter-Radio-Klub beizutreten, werden um ihre Adresse gebeten.

Wansleben. Der ARK. Deutschlands, Bezirksgruppe Halle, veranstaltete am 18. Juni in Wansleben eine gut besuchte Werbeversammlung mit Rundfunkdarbietungen. Funkfreund Stemmler erläuterte Zweck und Ziele des ARK., was zur Folge hatte, daß eine neue Ortsgruppe in Wansleben mit 11 Mitgliedern gegründet wurde. Die Ortsgruppe Wansleben soll noch die Orte Teutschenthal, Amsdorf und Oberröblingen umfassen.

Vereinsmitteilungen

Fichte, Halle. Donnerstag, den 1. Juli, abends ½8 Uhr, im „Volkspark" wichtige Vorstandssitzung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260628-11/fragment/page=0008
DFG